

„Ich als Haus
würde Ihnen
Widerstand
empfehlen.“



EMPÖRT EUCH

Es gi

zu tun.

MÖBEL
LAGERVERKAUF
50 %
KOSTENLOS & KEINESFALLS UMSONST

ZUM MITNEHMEN!
KOSTENLOS & KEINESFALLS UMSONST

RandNotizen

Stadtteilzeitung aus dem Schillerkiez

Sechste Ausgabe / November 2011

Mieterhöhung Modernisierung ...

Was tun?

1 Nichts unterschreiben!

Erst nachdenken, sich beraten,
Zeit gewinnen!

2 Mit Nachbar_innen reden!

Durch geschlossenes Handeln wächst
der Druck auf die Vermieterin oder den Vermieter
ungemein, Chancen verbessern sich enorm.

3 Mieterberatung aufsuchen!

Unterstützt Hausversammlungen,
rechtliche Prüfung der Ankündigung.

An alle ALG2-Empfänger_innen: Bitte nehmt euer Recht
auf einen Beratungsgutschein war.

Preface

Hey everyone, that was quite an election campaign. Were you interested in it? No? We weren't either! We will only add this: the coalition between the concrete parliamentary group and the berliner construction mafia looks gloomy. Therefore, we have to do something ourselves! The citizens initiative *100% Tempelhofer Feld* was founded in accordance with this slogan. The goal of the initiative is to build a network against construction on the Tempelhof field (Page 7, Kurz und Knackig.). This year, we also experienced how people organized themselves during the street festival in the Weisestraße or at the Berlin Rent-Stop demonstration. This demonstration even explicitly distanced itself from parties and the election campaign blah-blah (Page 5 a. 6, „Es geht voran“, „HeyHo – Let's Go“).

To organize oneself seems to be becoming more and more necessary. In Berlin young people demonstrated against the closing down of youth centers (Page 10, „Neukölln Aufgewacht!“). At the same time hundreds of people prevented evictions in Spain (Page 24, „Recht auf Wohnraum durchgesetzt“).

The state also has an offer for those, who want to vent their growing anger: "citizens participation". How this looks and what can actually be done will be explained, based on the example *Media Spree* (Page 14, „Bürgerbeteiligung ist...“).

The struggles that are currently taking place can serve as an inspiration, when it comes to fighting antiziganistic and racist discrimination, for example regarding people's right to a roof over their heads (Page 12, „Vorausgesetzt Mensch will verstehen“). This requires those of us, who have german nationality and a german name to become aware that racism also has something to do with us/them (Page 29, „Wer sind wir und wer wollen wir sein?“).

Just to mention it again: Having a home is a human right, not a commodity! We won't let this right be taken away from us!

Whoever would like to contribute articles to the *RandNotizen* is always welcome. We would like to give a special thanks to the translators as well as to the authors of the articles. Have fun reading.

Yours, the **RandNotizen** crew

You can reach us via our blog: nk44.blogspot.de or via email: smashtaskforce@freenet.de

Vorwort

Hey Leute, war das ein Wahlkampf. Hat's euch interessiert? Nee? Uns auch nicht! Nur soviel: Die Koalition aus Betonfraktion und Berliner Baumaafia lässt nichts Gutes erahnen. Wir müssen also selbst was tun! Nach diesem Motto hat sich beispielsweise die Bürgerinitiative *100% Tempelhofer Feld* gegründet. Ziel der Initiative: eine Vernetzung gegen die Bebauung des Tempelhofer Feldes (Seite 7, „Kurz und Knackig“). Selbstorganisation erlebten wir dieses Jahr auch beim Straßenfest in der Weisestraße oder der berlinweiten Mietenstopp-Demonstration. Diese distanzierte sich sogar explizit von Parteien und dem Wahlkampf-blah-blah (Seite 5 u. 6, „Es geht voran“, „HeyHo – Let's Go“).

Sich zu organisieren scheint immer mehr zu einer Notwendigkeit zu werden. So demonstrierten in Berlin Jugendliche gegen die Schließung von Jugendeinrichtungen (Seite 10, „Neukölln Aufgewacht!“). Gleichzeitig verhindern in Spanien derzeit hunderte von Menschen die Durchführung von Zwangsräumungen (Seite 24, „Recht auf Wohnraum durchgesetzt“).

Für den zunehmenden Unmut gibt es auch ein Angebot des Staates: die *Bürgerbeteiligung*. Wie diese aussieht und was damit tatsächlich erreicht werden kann, erläutern wir anhand des Beispiels *Media Spree* (Seite 14, „Bürgerbeteiligung ist...“).

Die bereits stattfindenden Kämpfe sollten wir als Anregung nutzen um beispielsweise der antiziganistischen und rassistischen Diskriminierung von Menschen, z.B. in ihrem Recht auf Wohnraum, entschlossen entgegenzutreten (Seite 12, „Vorausgesetzt Mensch will verstehen“). Dies setzt voraus, dass sich diejenigen von uns, die mit deutscher Staatsbürgerschaft und deutschem Namen ausgestattet sind, bewusst machen, dass Rassismus auch etwas mit ihnen zu tun hat. (Seite 29, „Wer sind wir und wer wollen wir sein?“).

Aus gegebenem Anlass hier noch einmal der Hinweis: Wohnen ist ein Menschenrecht, keine Ware! Dieses Recht werden wir uns nehmen!

Wer Informationen oder Texte für die *RandNotizen* beisteuern mag, ist jederzeit willkommen. Wir bedanken uns besonders bei den ÜbersetzerInnen sowie für alle eingebrachten Artikel und wünschen viel Spaß beim Lesen.

Eure **RandNotizen**

Erreichen könnt ihr uns unter nk44.blogspot.de oder unter smashtaskforce@freenet.de

Inhaltsverzeichnis

05 Es geht voran!

In Berlin formiert sich eine neue soziale Bewegung

HeyHo – Let´s Go!

In Berlin a new social movement is currently constituting itself

07 Kurz & Knackig

Der nackte Wahnsinn vor der Haustür

10 Neukölln Aufgewacht!

Neuköllner protestieren gegen die Schließung ihrer Jugendeinrichtungen.

13 Vorausgesetzt Mensch will Verstehen

Über das Projekt Anlaufstelle für rumänische und bulgarische Roma bei Amaro Drom e. V.

14 Bürgerbeteiligung ist ...

Einige Anmerkungen zum Sinn von Bürgerbeteiligung am Beispiel der Bebauung des Spreeufers

18 gefährliche Orte

Steigende Mieten, Polizeigewalt, Überwachung – Kottbusser Tor und Hermannplatz gelten offiziell als „gefährliche Orte“

21 Teil 1 / Das KZ-Columbia-Haus

Zur Geschichte des Tempelhofer Feldes

24 Recht auf Wohnraum durchgesetzt

Interview mit einer Aktivistin der Gruppe PAH aus Barcelona über die Verhinderung von Zwangsräumungen

29 Wer sind wir und wer

Eine Auseinandersetzung mit dem Hinterfragen von selbstver

Es geht voran!

In Berlin formiert sich eine neue soziale Bewegung

Am 3. September versammelten sich etwa 6000 Menschen am Hermannplatz, um anschließend durch Neukölln, Treptow und Kreuzberg ziehend gegen steigende Mieten, Verdrängung und Armut zu protestieren. Es war die größte stadtpolitische Demonstration seit dem Ende der Anti-Olympia-Bewegung vor 18 Jahren. Ganz offensichtlich hat der Demovorbereitungskreis sein Anliegen genau zur richtigen Zeit in die öffentliche Diskussion gebracht. Das Presseecho war deshalb auch ausgesprochen wohlwollend. Andrea Beyerlein von der *Berliner Zeitung* sieht in der Demonstration gar den Beginn einer neuen Protestbewegung. Nur Uwe Rada mäkelte in der *taz* nicht ganz zu Unrecht, dass ein paar tausend Menschen auf der Straße noch keine Bewegung ausmachten.

Die Stärke des Protestes lag auch weniger in seiner Größe, als in seiner Verschiedenartigkeit. Man konnte Herkunftsschilder aus der ganzen Stadt sehen, aus Schöneberg etwa, aus Moabit oder aus Treptow, und selbstverständlich war auch die Stadtteilinitiative Schillerkiez zugegen. Geübte Straßenkämpfer waren genauso vertreten, wie eine bürgerliche Initiative aus Zehlendorf. Das war bereits im Vorbereitungskreis sichtbar. Die Demonstration wurde von linken Gruppen und federführend vom Stadtvernetz-Bündnis, einem Zusammenschluss über die Stadt verteilter kleiner Stadtteilinitiativen, vorbereitet, die ihre politische Arbeit vor Ort ein paar Monate lang für die Mobilisierung genutzt haben. Sie organisieren zum Teil bereits seit einigen Jahren kleinere Demonstrationen oder Kiezspaziergänge in ihren Vierteln, laden zu Versammlungen ein oder klären über mietrechtliche Fragen auf. So gesehen war die Mietenstopp-Demonstration eher der weithin sichtbare Ausdruck des aktuellen Stands einer sich formierenden Bewegung als deren Beginn.

In welche Richtung es weiter geht ist noch offen. Dass Parteifahrten während des Umzuges nicht mit sich geführt werden durften war ein deutliches Signal, dass von der Politik nichts Gutes erwartet wird. Die wieder in der Opposition gelandete Linkspartei dürfte das indes nicht davon abhalten, zu versuchen, einen Fuß in die Stadtteilgruppen zu bekommen oder, wie die PDS in den 90er Jahren, den einen Aktivisten hier und die andere Sprecherin dort abzuwerben. Mit den Grünen und der Piratenpartei sitzen noch zwei weitere sich selbst als links verstehende Parteien als Opposition im neuen Abgeordnetenhaus, die um die Gunst erfolgreicher außerparlamentarischer Gruppen buhlen oder selbst die Deutungshoheit in der Wohnungsfrage zu erlangen trachten dürften.

Seitens des Stadtvernetz-Bündnisses werden bis zum nächsten Frühling keine größeren Aktionen vorbereitet. Stattdessen gründen sich weitere Kiezgruppen und der Schwung der Demo wird wieder in die Stadtteile zurückgetragen, um eine soziale Organisation voranzutreiben. Auf diese Weise können auch die unterschiedlichen Vorgehensweisen der einzelnen Gruppen weiterhin nebeneinander stehen. Unterschiedliche Bedingungen bringen auch unterschiedliche Strategien hervor.

Die Schlagkraft einer Bewegung muss sich ohnehin in den Alltagskonflikten erweisen, dort, wo die Menschen Mieterhöhungen oder gar Kündigungen konkret gegenüberstehen. Denn die Mieterhöhungen sind nicht gestoppt, nur weil ein paar 1000 Menschen durch Berlin spaziert sind. Auch die Zahl der Zwangsumzüge nimmt weiter zu, und die Löhne sind immer noch miserabel. Es ist sogar damit zu rechnen, dass sich die Situation weiter verschärft, denn wir befinden uns mitten in einer Weltwirtschaftskrise.

Wer von der herrschenden Politik nichts erwartet, muss sich selbst zu helfen wissen. Auf Dauer wird es nicht reichen, Kiezspaziergänge und Versammlungen zu organisieren, so wichtig die auch sind. Es gilt Modernisierungen zu verhindern und Mieterhöhungen abzuwehren, von Zwangsräumungen Bedrohte müssen verteidigt und Wohnungslose bei Hausbesetzungen unterstützt werden. An solchen Fragen wird sich eine Bewegung messen lassen müssen.



**NACHBAR-
SCHAFTLICHE
SOLIDARITÄT
MACHT
IMMOBILIENHAIE
ZU FISCHSTÄBCHEN**



HeyHo – Let's Go!

In Berlin a new social movement is currently constituting itself

On September 3rd, 6000 people assembled at the Hermannplatz. From there, they marched through Neukölln, Treptow and Kreuzberg, in order to protest against rising rent-prices, displacement and poverty. This was the biggest demonstration on urban politics since the end of the anti-olympics movement 18 years ago. Obviously, the organizers of the demonstration launched their issue into the public debate at the right point in time. Possibly for this reason, the press reacted very positively. Andrea Beylerlein from the *Berliner Zeitung* even saw the demonstration as the beginning of a new protest movement. Solely Uwe Rada from the *taz* righteously found fault with this statement and said that a few people in the streets do not constitute a movement.

The strength of the protest did not lie in its size but in its diversity. One could see signs with neighborhood names from all over the city, as for example Schöneberg, Moabit, Treptow and of course the neighborhood initiative from the Schiller neighborhood was also present. Experienced street fighters participated, as well as a bourgeoisie citizens initiative from Zehlendorf. This diversity was even evident within the organizing committee. The demonstration was organized by left groups and the Stadtvernetzt (networked city – direct translation) coalition, which is a coalition of small local initiatives from throughout the city. These initiatives put their local political work on hold for a couple of months, in order to organize and mobilize for the demonstration. For years, many of the initiatives have been organizing small demonstrations and strolls through their neighborhoods, inviting local residents to public meetings or supporting people with information and help regarding their rent situations. Therefore, the “Rent-stop” demonstration was a manifestation of the current state of the movement rather than the beginning of such.

It is still unclear in which direction things will go. The fact that political parties were prohibited from carrying their

banners during the march was a signal that nothing good is expected of government. However, this will not prevent the Left party, which is no longer part of Berlin's ruling coalition, from trying to get their foot in the door of local initiatives, or, as was a common practice by the PDS in the 90s, recruit one activist here and another speaker there. The Greens and the Pirate party are two further oppositional parties in the local government, which see themselves as being left-wing. They will certainly join the competition for the attention of successful movement groups or for the prerogative of interpretation on the housing issue.

The Stadtvernetzt coalition will not prepare any bigger actions before next spring. Instead, new neighborhood initiatives are being founded and the energy from the demonstration is being taken back into the neighborhoods, in order to give support to social organization. In this sense, the different approaches of the individual groups can continue to coexist. Diverse movements create diverse strategies.

The power of a movement can only prove itself in day to day conflicts – when people face concrete rent increases or their rent contracts are terminated. Rent increases cannot be stopped by a couple thousand people walking through Berlin. The number of people being forced to move is increasing and the wages are still miserable. We can even count on the situation becoming worse, as we are in the middle of an economic crisis. Those, who don't expect anything from the ruling government, need to know how to help themselves. In the long run, it will not be enough to simply organize neighborhood strolls or meetings, as important as they are. It will be about preventing modernization and combatting rent increases, defending people from being forced to move and supporting the homeless in squatting houses. Those are actions upon which a movement can be judged.

Kurz & knackig

Der nackte Wahnsinn vor der Haustür

Mietentwicklungen im Schillerkiez

Wohnungen werden weiterhin angeboten zu Preisen von mehr als 9 Euro Kaltmiete pro m². Gibt es mal „Schnäppchen“ um die 7 Euro (für Hartz IV-Bezieher auch nicht mehr bezahlbar) stehen bei den Wohnungsbesichtigungen durchaus 40 bis 50 Leute an. Etliche Menschen bekommen Mieterhöhungen von bis zu 20% und dies ist das Hauptthema bei den bisherigen kostenlosen Mieterberatungen im Büro des Quartiersmanagement.

In der Herrfurthstraße werden im Oktober Eigentumswohnungen (2 Zimmer) zu Quadratmeterpreisen von fast 1800 Euro angeboten.

Emser Straße

Anfang März erhielten die Bewohner_innen von 12 Häusern in der Emser Straße Modernisierungsankündigungen. Daraufhin fand ein Mieter_innentreffen mit anwaltlichem Beistand statt. Nach anfänglicher Unsicherheit wurde schnell klar: es lohnt sich und bedeutet erstmal nicht viel Aufwand, sich zu wehren und zu organisieren. Inzwischen bekommt die Hausverwaltung kalte Füße und versucht mit aus der Luft gegriffenen Drohungen die Mieter_innen, die nicht unterschrieben haben, einzu-

schüchtern, damit die Bauarbeiten weiter laufen können. Unser vorläufiger Rat, bei Modernisierungsankündigungen: ruhig zögern und erstmal mit den Nachbar_innen zusammen setzen.

Modernisierung Okerstr. 43

Am 23.5.2011 wurden ohne schriftliche Vorankündigung alle leerstehenden Wohnungen in der Okerstraße 43 geöffnet und entrümpelt. Ohne die Mieter_innen darauf vorzubereiten, haben die Bauarbeiter_innen einfach mit der Sanierung begonnen. Vorher erhielten die Bewohner_innen jedoch Briefe, dass das Haus eine neue Hausverwaltung namens alt+kelber haben würde. Von einer Sanierung oder Modernisierung stand da noch nichts. Mitte Juni wurden Briefe verteilt, in denen alt+kelber von zwei Bauphasen sprach. In der ersten sollten die leerstehenden Wohnungen eine neue Warmwasserleitung und eine neue Heizung erhalten. In der zweiten Bauphase sollte das Gleiche bei den Bestandsmieter_innen geschehen. Dafür müsste alt+kelber jetzt schon mal in die Bestandswohnungen, um sich einen Überblick zu verschaffen. Nach einigen Vandalismusschäden (zugeklebte Türschlösser an den frisch sanierten Wohnungen, Plakate, die auf Mietwucher aufmerksam machten) erschien der nächste Aushang von alt+kelber. Dort war zu lesen, dass es sich keineswegs ...

um Mietwucher handelt, sondern der/die Eigentümer_in lediglich Profit aus den frisch sanierten Wohnungen erwirtschaften möchte. Von Modernisierungen in den Bestandswohnungen werde alt + kelber absehen (obwohl sie ein Recht darauf hätten – O-Ton). Mietwucher trifft es jedoch recht treffend. Die neuen Wohnungen werden zu einem Quadratmeterpreis von mindestens 9 Euro (kalt) angeboten. Für die Erdgeschosswohnung im Hinterhaus sind es sogar 9.90 Euro. Darauf angesprochen meinte alt + kelber, dass Hartz IV-Menschen nicht willkommen seien. Stattdessen wollen sie eine bunte Mischung. Fragt sich nur wovon? ─

Neue Läden

In diesem Jahr haben bis Anfang Oktober schon mehr neue Läden aufgemacht als in den zwei Jahren davor: Kneipen, Galerien, Feinkostläden, Modeläden.

Engels, Bruchberg, Frollein Langner, Heisenberg (Ex-Promenadeneck), Café Garput, Skallywag Gallery, Galerie objets cherchee, Galerie Neue Berliner Räume, Weinholdz, Neu-Deli, Veist Kleidergeschichten, Traumberg, Tagtigall... ─

Neues vom QM

Seit Mitte August bietet das Quartiersmanagement (QM) Schillerpromenade in seinem Büro eine kostenlose Mieterberatung mit einem Rechtsanwalt an. Das mit Geldern des Programms Soziale Stadt finanzierte Projekt ist allerdings bis Ende Dezember befristet.

Das QM will seine Öffentlichkeitsarbeit auswerten und hat eine Ausschreibung für einen Medienstandort Schillerpromenade (Website, Kiezzeitung) ausgelobt. Dort sollen 2012 etwa 30.000 Euro und 2013 dann 20.000 Euro dafür ausgegeben werden, die Politik des QM besser zu verkaufen. Mit dem Geld könnte Sinnvolleres getan werden.

Der 2010 mit Elan gestartete Quartiersrat ist immer mehr am Schwächeln. In den Sitzungen der letzten Monate war er kaum beschlussfähig, es wird immer klarer, dass es sich um einen bloßen Abnickverein für das Quartiersmanagement handelt, der kaum was bewegen kann. ─

Neues vom Stadtteilgarten Schillerkiez

Es gibt immer noch keinen Vertrag. Eine Veranstaltungsreihe befasste sich mit Vergangenheit und Zukunft des Feldes. Es blüht und gedeiht, Zucchini, Kartoffeln, Erdbeeren und anderes wurden geerntet. Viele Besucher erfreuen sich

am Garten, finden alles toll und sind zu fast 100 Prozent der Meinung, dass das Feld so bleiben soll, wie es ist und eine Bebauung überflüssig ist. Auch im Winter wird es Aktivitäten geben. ─

Kampagne gegen Bebauung Tempelhofer Feld

Unter dem Namen **100% Tempelhofer Feld** hat sich eine Initiative zusammengefunden, um die geplante Bebauung des Geländes zu verhindern. Seit dem 21. September finden alle zwei Wochen Treffen im „Café Selig“ am Herrfurthplatz statt, jeweils um 18:30 Uhr. Es gibt drei Arbeitsgruppen zu Volksentscheid und Rechtsfragen, Öffentlichkeitsarbeit und zum Stand der Planungen des Senats. ─

Kontakt über: www.tempelhoferfeld100.de

Campingplatz im Trendbezirk

Bisher ist das ehemalige Friedhofsgelände im Schillerkiez zwischen Hermannstraße und der südlichen Landebahn des Tempelhofer Feldes eine wilde Idylle für Menschen und Tiere. Viele Hundebesitzer haben hier die Möglichkeit, ihre Vierbeiner auch mal frei laufen zu lassen. Doch dieser Freiraum ist in Gefahr, Bauarbeiter sind schon dabei das Gelände zu planieren.

Auf einer Infoveranstaltung der Evangelischen Kirche am 8. September wurde unter großem Protest vieler Anwesender mitgeteilt, dass dort ab Mai 2012 die Tentstation einen Campingplatz eröffnen will.

Die Interessengemeinschaft **Bunter Hund** protestiert gegen diese Pläne und hofft, sie zu verhindern. ─

Buschkowsky zu Schillerkiez

Am 2. September organisierte der „be.bra Verlag“ eine Buchvorstellung im Neuköllner Rathaus. Über die Veranstaltung berichtete *Facetten – das tägliche Magazin aus Berlin-Neukölln*. Die Gentrifizierung und Aufwertung Nord-Neuköllns war auch Thema und Buschkowsky äußerte sich zur Entwicklung im Schillerkiez: „Wie sich das so genannte Kreuzkölln entwickeln werde, wisse er nicht“, gab Heinz Buschkowsky zu. Kein abgeschlossenes Studium brauche man jedoch, um zu ahnen, dass sich der Schillerkiez wegen des angrenzenden Tempelhofer Feldes in den nächsten 10 bis 20 Jahren dramatisch verändern werde.“ ─

Hetze vom Tip-Magazin

In der Ausgabe Nr. 18 / 2011 hat das Kulturmagazin *TIP* einen Artikel von Katharina Wagner über den Neuköllner Schillerkiez veröffentlicht. Unter dem Titel „Ihr werdet schon sehen“ beschreibt die Autorin die vermeintliche Situation im Schillerkiez und behauptet, daß Künstler_innen, Zugezogene und Gewerbetreibende von engagierten Aktivist_innen und Stadtteil-Initiativen bedroht werden. Hierbei wurden mehrere Künstler_innen und Gewerbetreibende als vermeintliche Opfer zitiert. Aus diesem Grund haben Künstler_innen, Aktivist_innen und Gewerbetreibende einen Offenen Brief verfaßt, der hier abgedruckt wird. ─

An die Redaktion der TIP-Taliban und ihre Sympathisant_innen!

In ihrem Artikel „Ihr werdet schon sehen“ hat Katharina Wagner ein Bild des Schillerkieses gezeichnet, das gar nicht existiert. Wir sind empört!

Wir sind entweder falsch zitiert oder gar nicht interviewt worden. Wir distanzieren uns ausdrücklich von der Tendenz des Artikels, der eine Konfrontation zwischen Künstler_innen, Kulturprojekten und Aktivist_innen konstruiert. Wer ernsthaft glaubt, in Neukölln findet ein Bürgerkrieg statt, war noch nie in unserem Viertel. Es ist schlichtweg absurd, daß es Passkontrollen irgendeiner Kieztaliban gibt. Sie wurde hier noch nie gesichtet. Außerdem darf in Neukölln jede_r jede Sprache sprechen, die er_sie will. Was im Artikel dagegen nicht vorkam ist, dass Menschen den Schillerkiez verlassen müssen. Die Mieten steigen massiv. Insbesondere Migrant_innen, die andere Sprachen sprechen, werden verdrängt. Künstler_innen, die jenseits des subventionierten Mainstreams arbeiten, kämpfen genauso wie die anderen Bewohner_innen des Schillerkies darum, bleiben zu können. Wer also darüber schreiben möchte, was die Menschen im Kiez bewegt, sollte auch direkt mit den Menschen sprechen.

Wir fühlen uns in Neukölln wohl. Wir leben hier und wollen bleiben! Wir kennen und mögen unsere Nachbar_innen! Wir brauchen keine anderen.

Der Kanal
PMgalerie
Memis Varalkan, Cafe Selig
Stadtteilinitiative Schillerkiez
anti-gen
Analyse Kritik Aktion





Neukölln Aufgewacht!

Neuköllner protestieren gegen die Schließung ihrer Jugendeinrichtungen

Wer am 13. Juli dieses Jahr am Rathaus Neukölln vorbei lief, wunderte sich vermutlich über ein großes Polizeiaufgebot und über einen Pulk von etwa 200 lautstark protestierenden BewohnerInnen und Arbeitenden aus Neukölln – unter ihnen viele Jugendliche. Grund des Protestes war die Kündigung der Verträge mit 48 Einrichtungen der Freien Träger der Jugendhilfe in Neukölln zum 30. September 2011 durch das Bezirksamt von Neukölln unter dem Bürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD). In diesem Zusammenhang sollten unter anderem 170 Stellen bei Streetwork, Jugendclubs und Schulstationen gestrichen werden. StreetworkerInnen suchen Jugendliche dort auf, wo sie sich treffen: auf öffentlichen Plätzen und Straßen. In den Räumen der Jugendclubs, die bestimmte Öffnungszeiten haben, stehen die SozialarbeiterInnen für Gespräche zur Verfügung. Den Jugendlichen wird Raum gegeben, sich bei regelmäßig stattfindenden Sport-, Musik- oder Videoworkshopangeboten auszuprobieren oder im offenen Bereich Spiele, Billard oder Kicker zu spielen oder Hausaufgaben zu machen. Schulstationen befinden sich in den Räumen eines Schulgebäudes. Die Sozialarbeiter hier unterstützen einzelne SchülerInnen und entlasten Lehrer, indem sie beispielsweise individuelle Hilfskonzepte für einzelne SchülerInnen erstellen, zwischen LehrerInnen, SchülerInnen und/oder den Eltern vermitteln.

All diese Einrichtungen haben zum Ziel, die Jugendlichen dabei zu unterstützen, ihr Leben eigenverantwortlich in die Hand zu nehmen. Die SozialarbeiterInnen unterstützen bei Problemen der Jugendlichen, helfen bei Behörden-gängen, bei Problemen mit der Justiz, bei der Arbeitssuche und vermitteln bei Konflikten in der Schule oder mit den Eltern. Die Jugendlichen sollen ihre Potentiale entdecken und weiterentwickeln. Die Jugendeinrichtungen befinden

sich zunehmend in einer Rolle der „Versorger der sozial am weitesten Ausgegrenzten“ wieder. Sozialarbeit findet so vor dem Hintergrund schwieriger Lebensverhältnisse statt. Neben dem oben schon angesprochenen helfenden Aspekt ist diese aber auch eine Form der Kontrolle, denn die Grundlagen werden von der Gesetzgebung bestimmt. Die Neuköllner SPD, die verstärkt mit Polizei, Ordnungsamt und privaten Sicherheitsdiensten auch die Jugendlichen mehr überwachen will, gesteht so auch der präventiven Jugendarbeit einen hohen Stellenwert zu. Mit der Orientierung auf Repression und Prävention wollen jedoch Buschkowsky und Co. vor allem die Jugendlichen kontrollieren.

Offiziell wurde die Kündigung der Verträge mit den Freien Trägern der Jugendhilfe mit dem um 4,2 Millionen Euro überzogenen Etat des Jugendamtes unter der Jugendstadträtin Gabriele Vonnekold (Grüne) begründet. Schuld am hohen Defizit im Bereich „Hilfen zur Erziehung“ (HzE) war laut der Argumentation des Bezirksbürgermeisters Heinz Buschkowsky die schlechte Haushaltsführung der Jugendstadträtin Gabriele Vonnekold (Grüne). Die Vertragskündigung muss aber auch vor dem Hintergrund der Wahlen verstanden werden. Das Defizit war hier Anlass und nicht Ursache, wie Peter Brunnert im *Das gemeine Wesen – Magazin aus Nord-Neukölln* zu Recht feststellte. Denn die Jugendstadträtin wies darauf hin, dass die Ausgaben „Hilfen zur Erziehung“ in fast allen Bezirken über den Haushaltssatz liegen würden. Was andere vermuteten, wurde ganz offensiv von der Buschkowsky-Jugend ausgesprochen: „Freie Träger der Jugendarbeit sind ineffektiv, zu lasch gegenüber den Jugendlichen und nur auf deren Freizeitvergnügen ausgerichtet.“ War die Kündigung der Verträge für die Freien Träger neben dem offensichtlichen Wahlkampf nur ein weiterer Schritt hin zu einer Jugendpo-

litik, die mehr Law and Order bedeutet und kostengünstiger sein soll? Was auch immer die Motive für die Kündigung der Verträge waren, der Protest war erfolgreich. Der *Berliner Morgenpost* war am 14. Juli 2011 zu entnehmen: „In einer turbulenten Sitzung vor – erstmals seit Jahren – voll besetzten Zuschauertribünen nahmen dann die Bezirksverordneten die Kündigung der Verträge für die freien Träger der Jugendhilfe in Neukölln zum 1. Oktober zurück.“ Ein erfolgreicher Protest. Es bleibt jedoch ein fader Nachgeschmack, da das Defizit der Jugendabteilung u. a. durch Kürzungen bei der baulichen Unterhaltung um 1,6 Mio. Euro ausgeglichen wurde. Ebenso wurde der Jugendstadträtin auferlegt, bei den Honorarmitteln 200.000 Euro einzusparen. Die Grünen haben wohl Recht, dass so die Kündigung der Verträge nur ins nächste Jahr verschoben ist (*Berliner Morgenpost* vom 14. Juli).

Die Jugendlichen in Neukölln, die die Örtlichkeiten der Freien Träger der Jugendarbeit aufsuchen, haben zu 90 % einen Migrationshintergrund. Die höchsten Abschlüsse sind Berufsausbildungen, viele haben die Hauptschule oder eine Förderschule besucht, andere sind arbeitslos. Neben Armut und Perspektivlosigkeit gehört für viele Polizeigewalt und Repression zum Alltag. Statt mehr Repression versuchen die Freien Träger Arrangements herzustellen, in denen es sowohl individuell als auch kollektiv gelingt, neue und positive Erfahrungen zur Lebensbewältigung und Problemlösung zu sammeln. Die bestehenden Angebote reichen aber bei weitem nicht aus, auch nur annähernd alle Jugendlichen in schwierigen Lebenslagen zu erreichen. Ein Sozialarbeiter aus einer der Einrichtungen für Kinder und Jugendliche in Neukölln berichtete gegenüber *RandNotizen*, dass er den Eindruck habe, dass vielen Jugendlichen vor allem das Mitreden schwer falle – selbst wenn sie direkt gefragt werden. Er führte dies auch auf die sehr autoritären Familienverhältnisse zurück, die vor allem in Familien mit türkischem oder arabischem Migrationshintergrund vorherrschend sind. Die Jugendlichen sind schlichtweg nicht gewohnt, nach ihrer Meinung gefragt zu werden. Die 68er Revolte spielte in ihren Familien kaum eine Rolle, so dass die Familien ungebrochen durch eine strikte und autoritäre Rollenteilung geprägt und demokratische Erziehungsstile und Mitbestimmung der Kinder so gut wie nicht anzutreffen sind. Dies sei vermutlich auch ein Grund dafür, dass es überwiegend männliche Jugendliche sind, die die Einrichtungen besuchen. Die jungen Frauen bleiben oftmals zu Hause und unterstützen die Mütter bei Haushalt und Erziehung der jüngeren Geschwister. Eine große Aufgabe bestehe – so der Sozialarbeiter – entsprechend darin, zusammen mit den Jugendlichen immer wieder das autoritäre Rollenverständnis in den einzelnen Familien zu reflektieren, ihnen andere Möglichkeiten aufzuweisen, sie zu ermutigen und zu coachen, ihre eigene Meinung zu sagen und sich nicht durch Rang und Namen einschüch-

tern zu lassen. Die Jugendlichen fühlen sich in der Regel ihrem Kiez sehr zugehörig – so der Sozialarbeiter weiter. Aber steigende Mieten und Gentrifizierung wirken sich aus. Für viele von ihnen sind die neuen Cafés und Kneipen in Neukölln zu teuer. Selbst wenn Geld nicht das Problem ist, trauten sie sich oft nicht in die Cafés, weil ihnen die Leute dort sehr fremd sind und sie gar nicht wüssten, was sie da sollten. Wenn sie rausgingen dann sei das häufig in Richtung Süden in die Sonnensiedlung oder die High-Deck-Siedlung, wo die Gentrifizierung noch nicht so weit voran geschritten ist. Auf die Kündigung der Verträge der Freien Träger reagierten die Jugendlichen mit Aussagen wie, „wenn ich denen mal eine reinhaue, dann gibt es einen gesetzlichen Anspruch. Diese Idioten, ohne unsere Clubs haben wir keine Hobbies mehr, wo sollen wir chillen? Wo bleiben unsere Seminarfahrten, Ausflüge ... Ich glaube, danach werden wir alle zu kriminellen KANAKEN“. Für die Protestkundgebung gegen die Streichung der Verträge für die Freien Träger am 13. Juli dieses Jahres setzten sie sich zusammen, malten Plakate und gingen gemeinsam zur Kundgebung. Einige thematisierten auch die Revolten in Ägypten und Frankreich. Die Frage wurde gestellt, ob es hier so werden soll wie in den Pariser Vorstädten.

Die Aussichten für die Jugendeinrichtungen sind nicht rosig. Die Freien Träger müssen um die Aufträge konkurrieren. Der Jugendhilfehaushalt wird runtergespart. Es ist davon auszugehen, dass nächstes Jahr wieder Kürzungen, Streichungen und Kündigungen anstehen. Lasst uns bei den nächsten Kürzungsorgien im Jugendhilfebereich gemeinsam mit den Jugendlichen und den SozialarbeiterInnen aus unserem Kiez auf die Straße gehen – sie brauchen unsere Unterstützung!!! ■

Nachzulesen:

- VV-Offizielle Niederschriften (<http://www.berlin.de/ba-neukoelln/bvv-online/to010.asp?SILFDNR=1521&options=4>)
- Medien – Morgenpost (<http://www.morgenpost.de/berlin/article1700533/Neukoelln-wehrt-Kuendigungen-bei-Jugendhilfe-ab.html>)
- Medien – rbb (http://www.rbb-online.de/nachrichten/politik/2011_07/buschkowsky_prueft.html)
- Medien – Tagesspiegel (<http://www.tagesspiegel.de/berlin/neukoelln-findet-geldreserven/4390978.html?pageNumber=2>)
- Nordneukölln-Blog (<http://das-gemeine-wesen.blog.de/2011/07/15/bvv-neukoelln-kuerzungen-jugendhilfe-diskussion-11479272/>)
- Politik – Die Grünen (<http://www.gruene-neukoelln.de/neukoelln/pressemitteilungen.html>)
- Politik – Die Linke (<http://www.die-linke-neukoelln.de/nc/politik/news/detail/zurueck/aktuell-2/artikel/keine-entwarnung-fuer-jugendhilfe-in-neukoelln/>)
- Politik – SPD (<http://www.spd-neukoelln.de/index.php?page=message&id=1879&blockid=11>)

Vorausgesetzt Mensch will Verstehen

Über das Projekt Anlaufstelle für rumänische und bulgarische Roma bei Amaro Drom e. V.

Amaro Drom e. V. bietet seit Anfang dieses Jahres eine eigenständige Beratungsstelle schwerpunktmäßig für rumänische und bulgarische Roma an. Die Anlaufstelle wird finanziert von der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Soziales und heißt mit vollem Namen „Mobile Anlaufstelle für europäische Wanderarbeiter/-innen und Roma – Konfliktintervention gegen Antiziganismus“. Die Angebote innerhalb der Anlaufstelle sind in erster Linie Sozialberatung, Begleitung mit Sprachmittlung und aufsuchende Arbeit. Ebenso gehört die Sensibilisierung und Intervention bei Antiziganismus zu den Aufgabenbereichen des Projektes.

Das Projekt wurde Anfang 2010 ins Leben gerufen, auch als Reaktion auf die öffentliche Aufmerksamkeit, die einige rumänische Roma-Familien, die obdachlos geworden waren und in Parks übernachteten mussten, erregten. Auch in anderen deutschen Städten, wie beispielsweise in München, in Dortmund und Duisburg sind Projektplanungen angesichts der Zuwanderung rumänischer und bulgarischer Roma im Gange.

Amaro Drom e. V. ist ein interkultureller Jugendverband von Roma und Nicht-Roma. Der Verein gilt in Berlin als einzige Roma-Migrant_innenselbstorganisation, welche momentan sozialarbeiterisch tätig ist. Für uns ist das zentrale Vereinsziel, junge Roma zur Eigeninitiative und Partizipation anzuregen und hierfür einen Raum zu bieten.

Anliegen der Klient_innen – die tägliche Arbeit

Wir haben in unserer Sozialberatung täglich durchschnittlich 18 Menschen und Familien, die unsere Unterstützung nachfragen. Die Beratung findet unter anderem zu den Themen finanzielle Situation, Wohnsituation, Gesundheit, Bildung und Arbeit statt.

Als Anlaufstelle fangen wir viele Krisensituationen täglich ab, beispielsweise bei akuten Krankheiten werden wir als Lots_innen und Übersetzer_innen herangezogen, bei To-

desfällen und Geburten, bei Obdachlosigkeit werden wir um Hilfe gerufen, aber auch bei seelischen Leiden usw.

Die Lage von vielen Roma aus den neuen Beitrittsländern der EU in Berlin ist alarmierend. Um die Situation zu verstehen, muss man auch die Dimensionen in den Herkunftsländern und die rechtlichen und praktisch-verwaltungstechnischen Voraussetzungen in Deutschland näher betrachten.

Die Situation in den Herkunftsländern

Die Situation in den Herkunftsländern von Roma ist geprägt von Ausgrenzung, sozialräumlicher Segregation, Diskriminierung, hoher Arbeitslosigkeit und dem faktischen Ausschluss aus den Bildungs-, Versorgungs- und Gesundheitssystemen. Für die neuen EU-Staaten Bulgarien und Rumänien stellte eine UNICEF-Studie fest, dass die dort lebenden Roma zu einer nicht geringen Anzahl ohne Anbindung an die öffentliche Infrastruktur leben. In dem rumänischen Dorf Baia Mare wird aktuell diskutiert ob um mehrere Wohnhäuser, in denen Roma leben, eine Mauer gebaut werden soll ...

In Bulgarien gibt es aktuell Anti-Roma Demonstrationen unter dem Motto „Bulgarien den Bulgaren“ in den großen Städten des Landes (am massivsten in Varna, Sofia, Burgas) bei denen die Demonstrationen in Gewalt gegen Roma umschlugen. Häuser in denen Roma lebten wurden in Brand gesetzt und Sachbeschädigungen vorgenommen anfangs ohne dass die Polizei eingegriffen hat.

Rechtliche Bedingungen in Deutschland

Allgemein besitzen Staatsangehörige von Mitgliedsstaaten der EU Freizügigkeit in Bezug auf das Recht der freien Wahl des Aufenthaltsortes, des freien Wegzugs und der freien Niederlassung. Der Aufenthalt von Unionsbürger_innen ist unbefristet und besteht auch nach Ablauf der

ersten drei Monate fort, solange EU-Bürger sich einem der Freizügigkeitszwecke zuordnen.

Die Gründe, freizügigkeitsberechtigt zu sein, sind die Eigenschaft als Arbeitnehmer_in, als selbstständig Tätige_r, als Familienangehörige_r einer_eines Freizügigkeitsberechtigten, als Nicht-Erwerbstätige_r mit ausreichend Existenzmitteln und Krankenversicherungsschutz, als Empfänger_in von Dienstleistungen, aber auch als Arbeitssuchende_r (geregelt im § 2 FreizügigkeitsG/EU).

Deutschland hat den neuen EU-Bürgern noch keinen freien Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht, denn es hat die Arbeitnehmerfreizügigkeit für die Beitrittsrunde von 2004 bis zum 1. Mai 2011 und für die Beitrittsrunde 2007 (Rumänien und Bulgarien) bis zum 1. 1. 2014 beschränkt, was bedeutet, dass Rumän_innen und Bulgar_innen zunächst nicht abhängig beschäftigt arbeiten können. Viele versuchen als selbstständig Tätige (durch eine Gewerbeanmeldung oder als freiberuflich Tätige) ein Einkommen zu erzielen.

Arbeitssituation

Unsere Klient_innen, werden vielerorts verdächtigt, irregulär zu arbeiten (auch Scheinselbstständigkeit) und auf Kosten des Staates leben zu wollen. Diese Sichtweise verkennt die Hintergründe und Lebensrealität der Menschen und weist zudem Parallelen zu tradierten antiziganistischen Vorurteilen auf.

Der Großteil unserer Klient_innen ist nach Deutschland gekommen, um zu arbeiten. Die Arbeitssituation ist aufgrund der Selbstständigkeit für viele prekär. Wie bei jeder selbstständigen Tätigkeit ist die Einkommenssituation auftragsabhängig, zum Teil auch saisonbedingt.

Der allgegenwärtige Vorwurf der Scheinselbstständigkeit an die einzelnen Gewerbetreibenden ist aus unserer Sicht kontraproduktiv, da er nicht an den ursächlichen Gründen

der Scheinselbstständigkeit, die auf deutschen Baustellen – übrigens an öffentlichen Gebäuden – zu finden ist, ansetzt.

Wohnsituation

Viele andere Problembereiche haben ihren Ursprung in der völlig unzureichenden Wohnsituation. Nicht selten leben Roma aus Rumänien und Bulgarien in Berlin zur Untermiete und in vielen Fällen ist eine behördliche Anmeldung dort von den Untervermieter_innen nicht erlaubt. Ohne behördliche Anmeldung wiederum gibt es keine Möglichkeit der regulären Arbeitsaufnahme, der Krankenversicherung und auch beim Schulamt werden die Kinder dieser Familien nicht erfasst.

Neben den irregulären Untermieten, gibt es auch Hausverwaltungen, die Romafamilien in heruntergekommene, nahezu unvermietbare Wohnungen aufnehmen. Dies resultiert daraus, dass der Zugang zu Wohnraum auf einem angespannten Berliner Wohnungsmarkt für unsere Klient_innen oft ein Akt der Unmöglichkeit ist, da in den allermeisten Fällen kein Sozialleistungsbezug gegeben und somit keine Kostenübernahme gesichert ist. Das selbsterwirtschaftete Einkommen reicht oft nicht aus um die Zahlungsfähigkeit des Mieters nachzuweisen. Hinzu kommen Vorurteile gegenüber Roma und Sinti an sich, die zum Teil ganz offen von Hausverwaltungen oder Vermieter_innen geäußert und von einseitigen Presseberichten noch verstärkt wurden.

Wir wollen durch unsere Arbeit unseren Adressat_innen eine Bleibeperspektive in Berlin aufzeigen und Inklusion fördern. Inklusion verstehen wir hier in Abgrenzung zu einer von außen bestimmten „Integration“. Stattdessen setzen wir auf einen gesamtgesellschaftlichen Prozess, in dem sich alle Beteiligten einbringen und in dem die aktive Beteiligung von Roma ermöglicht wird, damit die verschiedenen Interessen und Bedürfnisse anerkannt werden. ■

Bürgerbeteiligung ist ...

Einige Anmerkungen zum Sinn von Bürgerbeteiligung am Beispiel der Bebauung des Spreeufer

Auf dem Tempelhofer Feld wird zur Zeit allerhand geplant. Neue, schicke Stadtviertel, Gewerbeparks, ein Rest-Park in der Mitte des Flugfelds. Man hat das Gefühl, im Großen und Ganzen ist das alles schon beschlossene Sache. Für die Aufstellung einzelner Bebauungspläne soll es demnächst auch eine formelle Bürgerbeteiligung geben. Aber was ist das überhaupt?

Bürgerbeteiligung ist eine gute Sache. Für die Einen, weil man da ganz hochoffiziell zu Protokoll geben kann, was an Planungen für die Stadt schlecht ist oder wie man es besser machen könnte. Für die Anderen, weil das zu Protokoll gegebene völlig wirkungslos ist. Niemand ist gegen Bürgerbeteiligung, weil sie eine nette Idee ist und niemandem weh tut.

Vor zehn Jahren gingen die Planungen für „Mediaspree“ los, einer Bürostadt für Medienunternehmen am Spreeufer. In den lokalen Zeitungen wurde Mediaspree bejubelt, weil es ganz viele Arbeitsplätze bringen sollte. Und weil es gut für Berlin sei, wenn möglichst viel gebaut wird, noch dazu wenn die Spreeufer endlich schick und international vorzeigbar werden.

Von dem Geplanten wurde in den ersten Jahren nichts gebaut, weil in Berlin Immobilienkrise war. Es gab viel zu viele Büroflächen, also wurden keine neuen gebraucht, auch nicht am Spreeufer. Solange aber am Spreeufer nichts gebaut wurde, interessierte sich auch niemand wirklich für die Mediaspree-Pläne. (Außer den Zeitungen, die die Planungen bejubelten.) Viele Bebauungspläne wurden in dieser Zeit beschlossen, Baugenehmigungen auf Vorrat erteilt.

Dann wurde die O2-Halle geplant, und der riesige Klotz sollte tatsächlich gebaut werden. Ab diesem Zeitpunkt be-

gannen sich mehr und mehr Leute für Mediaspree zu interessieren, auch wenn eine riesige Veranstaltungshalle nicht viel mit den ursprünglichen Mediaspree-Ideen zu tun hatte. Die vielen geplanten Büroklötze und -türme am Spreeufer schienen näher zu rücken, und je näher sie rückten, um so abschreckender wirkten sie auf Bewohner_innen der umliegenden Kieze. Die Initiative „Mediaspree versenken!“ wurde gegründet und sammelte ihre eigenen Erfahrungen mit dem, was Bürgerbeteiligung ist und sein kann.

Bürgerbeteiligung ist eine kryptische Anzeige im hinteren Teil der Lokalzeitung. Eine Anzeige die in seltsamem Bürokratendeutsch ankündigt, für ein bestimmtes Gebiet in der Stadt werde ein Bebauungsplan erstellt. Was Inhalt diese Plans sein soll, steht nicht in der Anzeige. Ist man trotzdem interessiert, kann man auf gut Glück den Plan im lokalen Planungsamt ansehen. Selbst studierten Stadtplaner_innen fällt es auf dem Amt nicht ganz leicht, den seltsam anmutenden Plan zu verstehen. Für den Fall, dass man mit mehr als Verwirrung zurück bleibt, kann man „Anregungen und Bedenken“ zu dem Plan zu Protokoll geben. Die Anregungen und Bedenken müssen im weiteren Planungsprozess einzeln „abgewägt“ werden: Sind sie so bedeutungsvoll, dass der Plan geändert werden muss? – Im sarkastischen Planer_innensprech sagt man, die Bedenken werden „weggewägt“. Manchmal werden belanglose Details im Plan verändert, also ein paar Bäumen und Parkplätze von rechts nach links verschoben.

Bürgerbeteiligung ist eine Infoveranstaltung mit der Gelegenheit, Fragen zu stellen. Das Bauvorhaben XY wird von einem Vertreter des Planungsamtes, dem beauftragten Architekturbüro und dem investitionswilligen Investor als richtig und wichtig vorgestellt. Wem dazu spontan und sofort etwas einfällt, darf Nachfragen stellen. Wichtig ist hierbei die Verteilung der Rollen zwischen Profis und Lai-

en: Die Planer sitzen auf dem Podium, haben ein eigenes Mikrofon in der Hand und kommentieren jederzeit, was aus dem Publikum kommt. Zeit und Raum für die Entwicklung eigener Ideen und Wünsche durch die Betroffenen sind nicht vorgesehen. Das Vorhaben soll ohnehin wie geplant umgesetzt werden. Nur können Politik, Verwaltung und Investor hinterher sagen, man habe immerhin die Nachbarschaft informiert und ihr Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Bürgerbeteiligung ist ein komplizierter Prozess. Wer wirklich herausfinden will, was die Wünsche der Nachbarschaft für die Entwicklung ihres Kiezes sind, muss den Leuten die Gelegenheit, die Zeit und den Raum geben, diese Wünsche herauszufinden, sie zu formulieren und untereinander zu diskutieren. Der beste Weg, das Aufkommen der Wünsche zu verhindern, ist sie mit einem fertigen Plan und der Rhetorik der Alternativlosigkeit zu erschlagen. Der beste Weg, Bürgerbeteiligung zu zähmen und zu kanalisieren, ist ihr eine kleine, nebensächliche Spielwiese auf dem großen Feld der Planung zuzugestehen. Wer sich aber auf die Wünsche, auf die Entwicklung der Wünsche einlassen will, muss Fragen stellen und zuhören können, und muss darauf verzichten, dass die Stadtplanung die Interessen des Immobilienmarktes durchzusetzen habe. Diese Idee der Bürgerbeteiligung kommt so gut wie nie zur Anwendung.

Bürgerbeteiligung ist Selbstermächtigung von unten, die aus Wut und Enttäuschung wachsen. Im Fall von Mediaspree wurde der Protest aus den benachbarten Kiezen immer lauter, aber keiner der Pläne wurde deswegen geändert. Die Investoreninteressen hatten Vorrang vor den Anwohnerinteressen. So wurde im Kreis von „Mediaspree versenken!“ beschlossen, einen Bürgerentscheid anzustoßen. In monatelanger Arbeit wurden Infostände auf der Straße aufgebaut und Unterschriften gegen Mediaspree und für ein Spreeufer für alle gesammelt. Am Ende der Sammelei stand eine Art Volksentscheid im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Bei diesem Bürgerentscheid stimmten 87 % der Wähler_innen gegen Mediaspree und für ein Spreeufer für alle.

Bürgerbeteiligung ist Mittelschicht. Es gehört zu den Privilegien der besser begüterten, über besondere soziale Fähigkeiten zu verfügen und über die Gewissheit, dass die eigene Meinung gesellschaftlich relevant ist. Wer also der Mittelschicht angehört oder ihr zumindest entsprungen ist, weiß wie man eine Bürgerinitiative gründet und den eigenen Interessen Gehör verschafft. Moderne internetbasierte Beteiligungsformen wie „Liquid Democracy“ und die Organisierung über „soziale Netzwerke“ des Internets schließen einen Gutteil der Betroffenen durch technische Zugangsbarrieren von der Partizipation aus. Eines der schwersten Anliegen einer ernst gemeinten Beteiligung

ist es, nicht nur die Mittelschicht damit anzusprechen und somit ihre Interessen zu artikulieren. Sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen sind es gewohnt, dass ihre Meinung und ihre Interessen sowieso keinen Einfluss haben. Wie kann diese Ausgrenzung, diese Ohnmacht überwunden werden?

Bürgerbeteiligung ist Beschäftigungstherapie. Nach dem Bürgerentscheid wurde im Bezirk ein Sonderausschuss gebildet, an dem Vertreter_innen der Initiative „Mediaspree versenken!“ beteiligt waren. Hier wurde nach und nach jedes einzelne Spreeufergrundstück besprochen. Die Gesamtidee von Mediaspree stand nicht zur Debatte. Alternative Planungen wurden pro Grundstück diskutiert, im Detail kam es zuweilen zu Veränderungen, doch Spreeufer für alle standen nicht zur Auswahl. Ein Jahr lang engagierten sich Aktivist_innen im Sonderausschuss, wodurch die öffentliche Arbeit als Initiative litt. War „Mediaspree versenken!“ kurz zuvor noch eine breite Bewegung gewesen, fiel sie nun in sich zusammen. Nach einem Jahr stand das Fazit des Bezirksbürgermeisters, auf etwa 5 % der Mediaspree-Bebauung zu verzichten. 95 % sollten also weiterhin umgesetzt werden.



Was können Angebote zur Bürgerbeteiligung also bringen, wenn Anwohner_innen doch sehr andere Vorstellungen und Interessen haben als die offiziellen Planer_innen? Wo können Beteiligungsangebote als Bühne genutzt werden, um ein eigenes Programm durchzusetzen? Zu welchen Gelegenheiten kann die öffentliche Schmierkomödie einer Pseudo-Beteiligung enttarnt und bloßgestellt werden? Welcher öffentliche Druck ist notwendig, um eine echte Beteiligung – Mitbestimmung – durchzusetzen? Wie kommen wir gemeinsam dorthin? ─

Spreepirat_innen
spreepiratinnen.blogspot.de
spreepiratinnen@riseup.net



gefährliche Orte

Steigende Mieten, Polizeigewalt, Überwachung – Kottbusser Tor und Hermannplatz gelten offiziell als „gefährliche Orte“

Text: David Kaufmann

September 2011, ein Dienstag um 12 Uhr mittags, die Sonne scheint auf Berlin. Sie scheint auch auf Kreuzberg und Neukölln. Alles wirkt friedlich. Doch das ändert sich, sobald jemand in die Nähe des Kottbusser Tors oder Hermannplatzes kommt. Rund um den Kotti sind vier Polizeibusse geparkt, an allen Zugängen zur U-Bahn stehen Gruppen von vier bis sechs Polizist_innen in Kampfuniform, ihre ununterscheidbar gleich gekleideten und mit gefährlichen Waffen ausgestatteten Kolleg_innen patroulieren direkt im U-Bahnhof. Alle paar Minuten wird eine Person aus dem unregelmäßigen Strom der Passant_innen herausgezogen. Ausweise werden kontrolliert, Daten beim zentralen Polizei-Computer abgefragt, Rucksäcke und Taschen durchsucht. Auf dem Hermannplatz das gleiche Bild: Polizeibusse, Gruppen von schwer bewaffneten Polizist_innen in Kampfuniform, Kontrollen und Durchsuchungen. Was ist hier los am Kotti und am Hermannplatz? Wurde ein Attentat in der U-Bahn angekündigt, oder wurde die Bundeskanzlerin Merkel bei einem Kreuzbergbesuch in die Luft gesprengt? Nein, in der U-Bahn ist alles friedlich, und auch Merkel hockt entspannt in ihrem Kanzleramtspalast. Was an Kottbusser Tor und Hermannplatz passiert, ist ganz normaler Alltag: Alltag in einem Gebiet steigender Mieten, Alltag an sogenannten „gefährlichen Orten“ in Berlin.

„Gefährliche Orte“ in Berlin

Um normale bürgerliche Grundrechte weitestgehend außer Kraft zu setzen, ist der Berliner Polizei nach dem „Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungs-Gesetz“ (ASOG) seit 1996 die Möglichkeit gegeben, jeden Ort, jede Straße, jeden Platz und jeden Park in Berlin als „gefährlichen Ort“ (seit 2002 umbenannt in „kriminalitätsbelasteten Ort“) zu definieren. An einem „sogenannten gefährlichen Ort dür-

fen Polizisten jeden kontrollieren. Dazu zählt insbesondere die Identitätsfeststellung: Die Beamten können sich Ausweise und Pässe kontrollieren, was sie ohne begründeten Verdacht sonst nicht dürften. Auch Taschen können durchsucht werden, und die Beamten dürfen auch Wohnungen betreten, ohne dass sie dafür eine besondere Ermächtigung brauchen. Polizisten können verdächtigen Personen nach eigenem Ermessen einen Platzverweis erteilen.“ (*Berliner Zeitung*, 28.07.1998)

Mit der Festlegung der „gefährlichen Orte“ ist der Polizei ein mächtiges Instrument in die Hand gegeben worden, um Menschen umfassend zu überprüfen und mittels Platzverweis „nach eigenem Ermessen“ – also ohne Begründung – den Aufenthalt in bestimmten Gebieten direkt zu verbieten. Betroffen von diesen willkürlich möglichen Polizeimaßnahmen sind vor allem Menschen, die von der Polizei pauschal als Straftäter_innen verdächtigt werden oder an bestimmten Orten nicht willkommen sind: Menschen mit Migrationshintergrund, Obdachlose, Jugendliche und Punks, alle, die nicht der Polizeivorstellung von gutbürgerlicher deutscher Normalität entsprechen. Die Polizei ist an diesem Punkt durchaus offen: „Natürlich konzentrieren wir uns bei unseren Überprüfungen auf unsere Klientel und kontrollieren nicht einfach wild drauflos“ (*Analyse & Kritik*, Nr. 453).



Ebenfalls dem umfangreichen Arsenal polizeilicher Maßnahmen unterworfen werden natürlich auch alle, die es wagen, die polizeilichen Maßnahmen in Frage zu stellen.



Die Polizei hat an diesen „gefährlichen Orten“ nicht nur fast unbeschränkte Befugnisse, sie entscheidet auch selbst darüber, wo denn mal eben ein Großteil der bürgerlichen Freiheitsrechte außer Kraft gesetzt wird. „Die Entscheidung für eine Einstufung erfolgt durch die Polizei, die allein die Befugnis dafür besitzt“, so Innensenator Körting 2004. Selbst die Tatsache, welcher Ort, welcher Platz und welcher Park denn nun als „gefährlicher Ort“ definiert ist, unterliegt der Geheimhaltung: „Eine Veröffentlichung erfolgt grundsätzlich nicht“, so Körting weiter. In der Praxis bedeutet das, dass jeder und jede damit rechnen muss, überall in Berlin ohne Anlass überprüft, durchsucht, mit einem Platzverweis belegt zu werden. Die Tatsache, dass niemand außer der Polizei wissen soll, an welchem Ort denn nun gerade die Freiheitsrechte gegenüber der Polizei außer Kraft gesetzt sind, ist fester Bestandteil des Konzeptes. Wer etwa am Hermannplatz aufgrund seiner Hautfarbe grundlos festgenommen wird, hat, so die Polizei, eben „Pech gehabt“ und keinesfalls Anspruch auf Erklärungen, geschweige denn eine

Entschuldigung. „Wir müssen den Bürgern nicht erklären, warum sie kontrolliert werden“, so ein polizeilicher Einsatzleiter.

Aufgrund der Geheimhaltung weiß auch kein Mensch genau, wie viele Orte umfassender legalisierter Polizeiwillkür, es denn nun in Berlin genau gibt. Die Schätzungen schwanken zwischen unter zwanzig bis über dreißig solcher Orte. Sicher ist, dass Alexanderplatz, Breitscheidplatz, Bahnhof Zoo und Stuttgarter Platz in diese Kategorie fallen – und natürlich Kottbusser Tor, Hermannplatz und Hasenheide und mit ziemlicher Sicherheit auch der Görlitzer Park.

Steigende Mieten, Einschüchterung, Platzverweise & Polizeigewalt

Auch in „normalen“ Zeiten sind die „gefährlichen Orte“ für die Polizei ein probates Mittel zur umfassenden Überwachung und Einschüchterung der Bevölkerung. Besonders die Möglichkeit, hier jederzeit ohne Anlass Personen überprüfen und durchsuchen zu können, wird reichlich genutzt. Und die Routine-Kontrollen schüchtern nicht nur ein, sondern die Polizei nimmt auch mit, was ihnen dabei in die Fänge fällt. Wer illegalisiert wurde und sich nicht ausweisen kann, wandert ins Abschiebegefängnis. Wer andere Drogen als diejenigen, die die Polizei erlaubt, konsumiert, wandert in die Gefangenenensammelstelle. Und wer wegen einer nicht bezahlten Geldstrafe gesucht wird, wandert direkt in den Knast.

Besonders relevant werden die „gefährliche Orte“, wenn sie in Gebieten liegen, in denen gerade die Mieten explodieren und die Bevölkerung sich ändert – eine Entwicklung, von der derzeit große Teile der Berliner Innenstadt betroffen sind. Der Austausch der Bevölkerung und die Umstrukturierung der betroffenen Bezirke wird immer auch durch massive Polizeimaßnahmen gegen die unerwünschte Bevölkerung begleitet.

„Gefährliche Orte“ spielen hier eine besondere Rolle. Wo bislang nur unregelmäßig Polizeikontrollen stattfanden, gibt es jetzt mehrmals die Woche Großeinsätze. Am Kotti begann diese Entwicklung im Sommer 2008, am Hermannplatz etwa zwei Jahre später. Aber nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der polizeilichen Maßnahmen ändert sich. Die bisher durchgeführten Mittel (Überprüfung, Durchsuchung, Festnahmen) werden unverändert weiter durchgeführt, doch ein neues Mittel kommt nun im großen Stil hinzu: die Möglichkeit für die eingesetzten Polizist_innen, „im eigenen Ermessen“ ohne Begründung umfassende Platzverweise verhängen zu können.

Eine typische Polizeimeldung von einer der ständigen ...

Kontrollen am Kotti oder Hermannplatz sieht folgendermaßen aus: „Polizisten des Abschnitts ... überprüften gestern rund 90 Personen im Rahmen eines Schwerpunktinsatzes in Kreuzberg. In der Zeit von 12 bis 17 Uhr sprachen die Beamten am Kottbusser Tor gegen 46 Personen einen Platzverweis aus. In 9 Fällen wurden Anzeigen wegen des Verdachts eines Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz erstattet. Ein 29-jähriger Mann wurde wegen Verdachts des illegalen Aufenthaltes festgenommen und in das Abschiebegefängnis Köpenick überstellt.“

Auffällig ist an diesen Meldungen das Verhältnis zwischen Überprüfungen, Platzverweisen und Anzeigen. Die Anzahl der Platzverweise liegt immer deutlich über der Anzahl der erstatteten Anzeigen, in der Regel um das drei- bis vierfache oder sogar noch darüber. Das bedeutet: gegen etwa 75 bis 85 Prozent der mit einem Platzverweis Bedachten liegt überhaupt nichts vor, sie haben gegen keinerlei Gesetze verstoßen. Alleine das „eigene Ermessen“ der Polizist_innen ließ diese zu dem Schluss kommen, dass die betroffenen Personen kein Recht haben sollen, sich weiter am Ort der Kontrolle aufzuhalten.

Während das Verhältnis zwischen Kontrollen, Platzverweisen und Anzeigen im Wesentlichen immer ähnlich ist, können die absoluten Zahlen stark variieren. So kam es kürzlich zu einer Kontrolle am Hermannplatz, bei der 400 Personen überprüft und über 190 Platzverweise verhängt wurden. Die ausgestellten Platzverweise gelten in der Regel bis um 24 Uhr des Folgetages. Wer innerhalb dieser Frist nochmals kontrolliert wird, kann ohne weitere Begründung festgenommen werden. Mit dem Instrument des unbegründeten Platzverweises ist damit der Polizei ein Instrument in die Hand gegeben, die im Zuge der steigenden Mieten stattfindenden Verdrängungsprozesse durch direkte Eingriffe in die Bewegungsfreiheit zu unterstützen.

Kotti: die modernste Kameraüberwachung Europas

Die Einrichtung von „gefährlichen Orten“ ist ein wichtiges, doch nicht das einzige Mittel des Staates, wenn es darum geht, missliebige oder potentiell rebellische Bürger_innen zu überwachen und zu schikanieren. So soll jetzt am Kotti die modernste Videoüberwachungsanlage Europas installiert werden. In einem „Kooperationsprojekt von Polizei, BVG und Industrie“ soll der Bahnhof „bis in den kleinsten Winkel“ von Kameras überwacht werden (Berliner Morgenpost). Und das sind mitnichten normale Überwachungskameras, sondern modernste High-Tech: ferngesteuert dreh- und schwenkbar, mit Zoomfunktion und sogar automatischer Gesichtserkennung. Für diejenigen, die denken, dass wir mehr Staatsgewalt, Überwachung und Unterdrückung statt mehr Freiheit und sozialer Gerech-

tigkeit brauchen, ist eine solche Kameraanlage an einem der großen Umsteigebahnhöfe Berlins ein Traum. Laut Tagesspiegel soll sogar eine Technik installiert werden, die in der Lage ist, selbständig „auf bestimmte Bewegungsabläufe reagieren“ zu können. Die Videoüberwachung soll alleine am Kotti mit vier Millionen Mark aus dem Landeshaushalt gefördert werden: Wenn es nicht um soziale Projekte, sondern um Überwachung geht, sind auch Millionen-Beträge offenbar kein Problem.



Was tun?

Die Entwicklung steigender Mieten und die Polizeimaßnahmen gegen unliebsame Nutzer_innen des öffentlichen Raumes, gegen Menschen mit geringem Einkommen, gegen sogenannte „Randgruppen“ sind nicht voneinander zu trennen. Gegen steigende Mieten müssen wir uns organisieren, Mieterhöhungen gemeinsam boykottieren, die Immobilienkonzerne und Hauseigentümer_innen in ihre Schranken weisen und eines hoffentlich nicht zu fernem Tages gemeinsam enteignen. Was aber können wir gegen die alltägliche Gewalt von Überwachung, Polizeischikanen und Platzverweisen tun?

Letztes Jahr berichtete der Polizei-Ticker, ein Beamter der gewalttätigen Hundertschaften sei bei einem der routinemäßigen Einsätze am Kottbusser Tor durch einen „Eierwurf am Ohr verletzt“ worden. Vielleicht sind nicht zehn oder hundert, sondern zehntausend fliegende Eier genau ein Teil der richtigen Argumente, die es braucht, um die Einsatzhundertschaften der Berliner Polizei davon zu überzeugen, dass Menschen nicht länger bereit sind, ihrem gewalttätigen Treiben tatenlos zuzusehen. —

Teil 1

Das KZ-Columbia-Haus

Zur Geschichte des Tempelhofer Feldes

Zur Topographie des Tempelhofer Flugfelds

Das heutige Tempelhofer Flugfeld ist nur ein kleiner Teil des einstigen Tempelhofer Feldes. Begrenzt durch die Kasernen der Eisenbahner-Regimenter an der heutigen General-Pape-Straße, der Kaiserin-Augusta-Kaserne, den Friedhöfen und der Gemeinde Tempelhof entspricht das einstige Exerzier- und Aufmarschfeld der preußischen Armee einem weit größeren Areal, das damals bewusst auf den Tempelhofer Höhen oder Tempelhofer Berg vor den Toren der Stadt Berlin angelegt worden war. Ab 1871 hielt das deutsche Kaiserreich hier regelmäßig Truppenparaden ab. Das Militär belegte jedoch nie das gesamte Feld; es war genug Platz für einen kleinen Volkspark, den Arbeitersport, Kleingartenvereine und die ersten Flugversuche. Dominant war bis 1918 jedoch das Militär. Zahlreiche Kasernen entstanden ebenso, wie viele Industriebetriebe und Brauereien, 1895 wurde das dritte Berliner Militärgefängnis mit 153 Zellen am Rande des Tempelhofer Feldes errichtet. Im Rahmen der Militarisierung und Industrialisierung war nördlich des Tempelhofer Feldes die Tempelhofer Vorstadt entstanden und 1861 in die Stadt Berlin als einer von 12 neuen Bezirken eingemeindet worden.

Das vergessene Konzentrationslager „Columbia-Haus“

Nach der Machtübergabe an die NSDAP entfesselte das neue Regime einen bis dahin nicht gekannten Terror. Dazu benötigte das Regime nicht nur Folterorte sondern auch Haftstätten. Die vorhandenen Gefängnisse waren jedoch zu lax, die zu Hilfspolizisten ernannten SA-Männer errichteten ihre eigenen Haftanstalten: mehrere Konzentrationslager entstanden in Berlin. Viele davon in Kasernen und – im Falle des KL Columbia-Haus – in leer stehenden Haftstätten. Nach dem ersten Weltkrieg wurde das Gebäude kurzfristig von der preußischen Polizei als Polizeigefängnis genutzt. Ab Frühjahr 1933 nutzte die neu geschaffene Geheime Staatspolizei (Gestapo) mit Sitz im Prinz-Albrecht-Palais (Topographie des Terrors) das Columbia-Haus als das Hausgefängnis und Folterstätte für politische Gefangene. Hier war die die Stapoleitstelle Columbia-Haus als Staatspolizeigefängnis. Bis August 1933 wurden auch Bettler, Landstreicher, Obdachlose, Diebe und Arbeitsscheue

in das Columbia-Haus eingeliefert. In einem Rundschreiben ließ Rudolf Diels diese Praxis unterbinden und ausschließlich „politische“ im Columbia-Haus inhaftieren. Zu diesem Zeitpunkt war der Machtkampf um die Innenpolitik noch nicht entschieden. Röhm beanspruchte sie ebenso wie Himmler, während Göring sich zunehmend auf den Ausbau der Luftwaffe konzentrierte. Zunächst schien es aber, als wolle er die Gestapo als eigenes Machtinstrument nicht aus der Hand geben. Erst Ende 1933 verlor Göring vollends das Interesse an der Innenpolitik und einigte sich mit seinen Widersachern Himmler und Keitel auf ein gemeinsames Vorgehen gegen ihren größten innenpolitischen Konkurrenten, Ernst Röhm. Nach dessen Ermordung wurden die SA-Haftstätten geschlossen und nur wenige „staatliche“ Konzentrationslager blieben erhalten. Im selben Jahr verkündete Hitler eine Amnestie, doch nicht alle Häftlinge kamen frei: So blieb beispielsweise der jüngste Sohn Friedrich Ebert im Columbia-Haus in Haft. Im Columbia-Haus sanken trotz neuer Verhaftungswellen, wie insgesamt reichsweit, die Häftlingszahlen. Ab dem 27. Dezember, spätestens ab dem 8. Januar wurde das Columbia-Haus als Konzentrationslager geführt. Rudolf Diehls war mittlerweile versetzt, sein Nachfolger hieß Reinhard Heydrich. Damit war das KL Columbia-Haus das einzige Berliner Konzentrationslager. Das SA-Gefängnis Papestraße oder das KL Oranienstraße wurden geschlossen. Das Columbia-Haus wurde nach dem Vorbild des KL Dachau reorganisiert. Für die Häftlinge hieß das nur systematischer Terror, statt vorher willkürlicher Gewalt ihrer Bewacher. Dennoch nutzte die Gestapo das Columbia-Haus für „ihre“ Häftlinge weiter. Unter ihnen waren der Rabbiner Dr. Leo Baeck, Dr. Kurt Hiller, Erich Honnecker, Ernst Heilmann, Georg Benjamin oder Henry Marx.

Die Häftlinge im Columbia-Haus waren vor allem politische Gefangene. So wurden prominente Reichstagsabgeordnete der SPD, die glaubten sich gegen einen autoritären Normenstaat mit den Mitteln der Legalität wehren zu können, hier ebenso inhaftiert, wie die kommunistischen Zellen aus der Friedrichstadt, überwiegend Anstreicher, Metallarbeiter, Bauarbeiter oder Hilfsarbeiter. Aber auch bekannte Gewerkschafter der Druck- und Papierindustrie wie Max Uhrig saßen im Columbia-Haus ein. Ab März 1935 begannen die Verhaftungswellen gegen die aktive ...



Foto links:

Zelleneingang

Foto rechts:

Die in der östlichen Verlängerung der Halle1 errichteten Baracken, in denen meist osteuropäische Ausländer, Dienstverpflichtete und Kriegsgefangene untergebracht waren.

© Stiftung brandenburgische Gedenkstätten



schwule Szene Berlins, die sich vor allem durch politische Aktivität und großen Nähe zur Arbeiterbewegung auszeichnete. Neben ihnen wurden die Pfadfinder verhaftet, die zu den katholischen Umfeld-Organisationen zu rechnen sind. Viele Insassen des Columbia-Haus waren zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung erst 15 Jahre alt.

Das Columbiahaus war mit durchschnittlich vierhundert Inhaftierten schnell überfüllt. Insgesamt wurden hier zwischen 8000 und 10000 Menschen inhaftiert. Die Zustände waren grauenhaft, die Gefangenen sprachen von der „Hölle Columbiahaus“.

Ab dem Frühjahr 1935 begann eine neue Phase der NS-Herrschaft. Heinrich Himmler gelang es, Hitlers Zustimmung zu einer neuartigen Gegnerverfolgung zu erhalten. Im Vordergrund stand nun nicht mehr ausschließlich die Bekämpfung des politischen Gegners, sondern das Prinzip einer sozialrassistischen Generalprävention. Zu den verfolgten Gruppen gehörten Menschen, die sich trotz Strafandrohung nicht vom „Verbrechen“ abhalten ließen, so eben schwule Männer, deren Handlungen unter dem § 175 durchweg als kriminell galten. Auffallend ist, dass die Verfolgung den aktiven, also öffentlich sichtbaren schwulen Männern galt und nochmals solchen, die politisch aktiv waren oder auch schlichter Denunziation zum Opfer fielen. Auch Menschen mit „verbrecherischen Erbanlagen“ und Menschen, die angeblich die Allgemeinheit gefährdeten, die sogenannten „Asozialen“, wurden zum Ziel der Verfolgung. Der größte Teil der Häftlinge waren aber weiter die politischen Häftlinge.

Zwischen 1936 und 1937 änderte sich die Praxis der Verfolgung erneut. Im Vordergrund stand nun die biologisch und rassistisch motivierte Generalprävention, ohne dass dabei die Verfolgung politischer Gegner aufgegeben worden wäre. Für das Columbia-Haus bedeutete das die Auf-

lösung, denn für die nun einsetzenden Verhaftungswellen wurde das Konzentrationslager definitiv zu klein. An seine Stelle trat als erstes Konzentrationslager „neuen Typs“ das KL Sachsenhausen bei Oranienburg. Angelegt wurde es nahe kriegswichtigen Industrieunternehmen aber außerhalb der Stadt. Der Hauptgrund dafür war, dass ein solches Lager beliebig erweiterbar sein sollte. Die Baupläne für Sachsenhausen wurden im Columbia-Haus ausgearbeitet. Die Häftlinge mussten das neue, große Konzentrationslager selbst errichten. Anschließend wurden sie dorthin verlegt und das Columbiahaus wurde am 5. November 1936 geschlossen und abgerissen. Im Dezember 1936 ging das Grundstück in den Besitz der Berliner Flughafengesellschaft über. ■

Der zweite Teil des Artikels befasst sich mit der Zwangsarbeit auf dem Flughafen Tempelhof und erscheint in der nächsten Ausgabe der *RandNotizen*.

Der Artikel ist von Beate Winzer vom Förderverein für ein Gedenken an die Naziverbrechen auf dem Tempelhofer Flugfeld e.V.

Weitere Informationen im Internet unter:
www.thf33-45.de

.....

Anmerkungen:

- 1 Das Columbia-Haus ist ein frühes Konzentrationslager, das heißt, es ist nirgendwo institutionell angebunden. Die Bezeichnung „Stapo-Gefängnis“ ist nur eine INTERNE Sprache der Gestapo, das Columbiahaus war bis 1934 KEIN Staatspolizeigefängnis.
- 2 Die Tatsache, dass bis August 1933 alle möglichen Menschen eingeliefert wurden, ist so üblich, die SA und die SS haben „ihren Kiez gesäubert“. Das entspricht der Vorgehensweise in allen frühen KZs.

.....



Recht auf Wohnraum durchgesetzt

Interview mit einer Aktivistin der Gruppe PAH aus Barcelona über die Verhinderung von Zwangsräumungen

Könnt ihr euch kurz vorstellen? Was macht ihr oder wovon lebt ihr? Wie setzt sich eure Gruppe zusammen? Wart ihr selbst von Räumung betroffen oder wie seid ihr darauf gekommen, Räumungen zu verhindern?

Die PAH (Plataforma de Afectados por la Hipoteca, Plattform von Hypothekenbetroffenen) entstand im Februar 2009. Sie wurde von einer Gruppe von Leuten in Leben gerufen, die bereits vorher in sozialen Bewegungen aktiv waren, wie in der Bewegung „Recht auf Wohnraum“. Bereits vor Jahren haben wir die Immobilien-Blase öffentlich zum Thema gemacht, genauso wie die Verschuldung der Menschen in Spanien durch die unmöglichen Bedingungen der Hypotheken. Wir wussten, dass die Blase irgendwann platzt. Und als dies geschah, waren viele Menschen nicht mehr in der Lage die Hypotheken für ihre Wohnungen zu bezahlen und sahen sich mit Räumungen konfrontiert.

Unsere Gruppe ist Ausdruck einer städtischen Selbstorganisation. Einige haben eine Arbeit, andere nicht (zur Zeit gibt es bei uns eine Arbeitslosigkeit von 20 Prozent). Wir sind ein Zusammenschluss von Menschen, die von sich aus aktiv sind. Wir verlangen kein Geld für unsere Beratungen, und wir erhalten keine finanzielle Unterstützung.

Zu Beginn waren wir Frauen und Männer um die 30 und nicht selbst von Räumung bedroht. Aber kaum, dass wir mit unserer Arbeit begonnen hatten, sind viele Menschen, die konkret betroffen waren, zu uns gestoßen, so dass unsere Gruppe heute viel gemischerter ist. Das Problem mit den Hypotheken betrifft einfach alle: junge genauso wie alte Menschen, Einheimische wie Migrant_innen, arme Leute genauso wie die Mittelklasse ... Die erste Gruppe von PAH gab es in Barcelona, der Stadt, in der die Bewegung „Recht auf Wohnraum“ in den letzten Jahren besonders stark war.

Wir haben hier eine besonders aggressive Rechtslage, die die Schwächsten am wenigsten schützt. Sowohl bei der Miete als auch bei der Wohnungshypothek ist es so: kannst du nicht bezahlen, fliegst du unverzüglich auf die Straße. Ein_e Richter_in darf die persönliche Situation der Einzelnen nicht berücksichtigen. Wenn du den Zahlungen nicht nachkommst, egal, ob du nicht willst oder nicht kannst, ob du krank bist oder arbeitslos oder ob du kleine Kinder hast, egal, ob der/die Wohnungsbesitzer_in eine Einzelperson, ein Immobilien-Unternehmen oder eine Bank ist, keinerlei besondere Umstände werden berücksichtigt. Wenn du nicht zahlst, dann passiert es ruck-zuck, dass du auf der

Straße sitzt, ohne irgendeinen Anspruch auf eine Notunterkunft. Der spanische Staat gehört zu den Staaten, die in den letzten Jahren am wenigsten sozialen Wohnungsbau betrieben haben, folglich hat er auch keine Wohnungen, um verarmte Familien in Notsituationen unterzubringen zu können.

Zusammengefasst: Warum verhindern wir Räumungen? Weil es einfach eine nicht hinnehmbare Gewalt ist, tausende von Familien auf die Straße zu setzen, während gleichzeitig Finanzkonzerne in Komplizenschaft mit der Regierung, tausende von leeren Wohnungen sammeln, um dann wieder mit diesen zu spekulieren. Wohnraum darf nicht länger Ware sein. Sie muss ihre soziale Funktion erfüllen und der Unterbringung von Menschen dienen, die sie brauchen. Das ist ein fundamentales Recht für das wir kämpfen, einfach weil ohne Wohnung viele andere Grundrechte verletzt werden (das Recht auf Gesundheit, Privatheit, eine Familie zu gründen usw.).

Wie ist eure Entstehungsgeschichte? Wie war die Resonanz auf eure ersten Aktionen?

Als wir vor drei Jahren mit unserer Gruppe begonnen haben, wussten wir, dass es in Spanien bald ein massives Problem wegen Räumungen in Folge von nicht bezahlten Hypotheken geben würde. Aber es war uns nicht klar, dass die Menschen so sehr verschuldet bleiben würden. Das haben wir gemeinsam mit den betroffenen Menschen gelernt, als die Zwangsversteigerungen der mit Hypotheken belasteten Wohnungen begannen. Niemand, weder die Betroffenen, noch viele Experten, ja noch nicht mal die Leute in den Behörden, wussten bis dahin, dass Spanien ein besonderes Gesetz besitzt, welches es den Banken erlaubt, auf 50 Prozent des Schätzwertes der Wohnung zu bestehen, wenn die Zwangsversteigerung erfolglos war. Mit der Krise waren alle Zwangsversteigerungen erfolglos. So etwas hatte es bisher noch nie gegeben. Ergebnis davon ist, dass die Familien nicht nur ihre Wohnung verloren haben, sie bleiben auch noch auf massiven Schulden sitzen (die Schulden bis zum Begleichen des Schätzwertes von 50 Prozent der Wohnung, plus die aufgelaufenen Zinsen und dazu noch hohe Prozesskosten), die sie in ihrem ganzen Leben nicht mehr loswerden. Diese finanzielle Strafe hat außerdem zur Folge, dass man in (Schufa-ähnlichen d. Ü.) Listen geführt wird und niemals mehr ein Konto eröffnen können oder sich an Bewerbungen um Mietwohnungen oder Jobs beteiligen können. Letztlich ist die Folge, außer dass die Menschen auf der Straße landen, dass sie für immer aus dem sozialen Leben ausgeschlossen bleiben und ihnen nur die Schattenwirtschaft bleibt, um zu überleben. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern erhalten sie in Spanien keine zweite Chance.

Wegen dieser Gegebenheiten entstand die PAH mit zwei grundlegenden Kampagnen: „Stopp den Zwangsräumungen“, um die Räumungen der Familien zu bremsen und das Recht auf Wohnraum zu verteidigen und „Schuldenstreichung“, mit Aktionen, die Druck erzeugen sollen, damit das Hypotheken-Gesetz geändert wird, so dass die Menschen nach dem Verlust der Wohnung ohne Schulden weiterleben können.

Einige von uns kommen aus älteren Bewegungen wie „Recht auf Wohnraum“ oder „V de Vivienda“, einer Bewegung, der es 2006 gelang, tausende von Menschen auf die Straße zu bekommen, um das Recht auf eine würdige Wohnung einzufordern. Offiziell als PAH sind wir im Februar 2009 entstanden. Der Auslöser war das Platzen der Immobilien-Blase, was in Spanien besonders folgenreich war. Die ersten Reaktionen auf unsere Aktivitäten waren: bei den direkt Betroffenen bemerkten wir große Angst und viel Schamgefühl, die Behörden haben uns entweder ignoriert oder als Demagogen abgestempelt, die die Situation vollkommen übertrieben darstellen und der Rest der Bevölkerung wollte nicht glauben, dass letztlich die Banken die Wohnungen zurückerhalten und die Leute trotzdem die dafür aufgenommenen Schulden abbezahlen müssen. Das hat sich inzwischen geändert und wir haben erreicht, dass das Problem allgemein bekannt ist, dass sich der größte Teil der Bevölkerung mit der Bewegung solidarisiert und dass Parteien und Behörden sich gezwungen sehen, sich zu diesem Thema zu positionieren.



Was hat sich für euch, eure Gruppe durch die Bewegung vom 15. März (15M) verändert?

Als wir von dem ersten Aufruf zur Demonstration der Bewegung 15M erfuhren, war uns klar, dass wir uns dem anschließen werden. Das Motto: „Wir sind keine Ware in den Händen von Bänkern und Politikern“, passte perfekt zu uns. Deshalb haben wir nicht nur mit zur Demo aufgerufen, sondern uns in Barcelona aktiv daran beteiligt. Gleichzeitig war diese erste Demonstration für uns eine Gelegenheit alle Welt einzuladen, an unserem Kampf gegen Räumungen teilzunehmen – konkret informierten wir über den Termin der nächsten anstehenden Räumungsverhinderung in Badalona.

...

Wir freuen uns sehr über den seit dem erfahrenen massiven Zuwachs an Solidarität. In gewisser Weise können wir sagen, dass zwischen PAH und der Bewegung 15M ein perfektes Zusammenspiel entstanden ist: Einerseits hat die PAH gesehen, wie sich mittels sozialer Netze der Aufruf zu Treffen noch weiter verbreitern lässt, sich Hunderte von Leuten mobilisieren lassen und an den Räumungsverhinderungen teilnehmen. Auch konnten wir sehen, wie im Umfeld der 15M-Bewegung neue lokale PAH-Gruppen entstanden sind. Andererseits konnte die Bewegung 15M nach ihrer ersten Phase des Bekundens der Unzufriedenheit und Empörung ihre Ziele konkretisieren. In der von der PAH zuvor geleisteten Arbeit fand die Bewegung einen Ansatz, Verantwortlichkeiten, Ziele und Lösungen aufzuzeigen, zumindest im Bereich der Wohnungs- und Finanzfragen. Die Bewegung erkannte umgehend unsere Kampagnen für die Schuldenstreichung und ein Ende der Zwangsräumungen als ihre eigenen an.

Die breite städtische Mobilisierung, die 15M hervorgebracht hat, geht natürlich weit über die der PAH hinaus und hat ihrerseits die Verhinderung von Zwangsräumungen auf den Mieter_innen-bereich ausgeweitet. Aus Sicht der PAH freuen wir uns darüber und unterstützen diese Aufrufe, jedoch immer unter dem Vorbehalt, dass es sich um eine selbst genutzte und die einzige Wohnung handelt. Wir werden ausschließlich in solchen Fällen aktiv. Nach unserer Meinung hat jede_r die/der zwei Wohnungen besitzt, genügend ökonomische Mittel, sich selbst zu helfen und war vielleicht selbst an Spekulationen beteiligt.

Wie sind die Verhinderungen der Zwangsräumungen abgelaufen, wie habt ihr dafür Mobilisiert und wie viele Menschen kamen zu den Verhinderungen der Zwangsräumungen?

Zusammengefasst kann man das so beschreiben: vor dem eigentlichen Räumungstermin versuchen wir, die wenigen verwaltungsrechtlichen Möglichkeiten, die es gibt, auszuschöpfen (rechtliche Einsprüche, soziale Einrichtungen). Wenn wir damit kein Erfolg haben, rufen wir öffentlich dazu auf, dass die Menschen solidarisch vor der zu räumenden Wohnung zusammenkommen. Friedlich aber energisch verweigern wir dann den Gerichtsvollziehern den Zutritt zur Wohnung. Wenn die Verwaltungsbeamten dann sehen, dass sie nicht zur Wohnung durchkommen, setzen sie normalerweise die Räumung aus und ein Richter muss dann einen neuen Räumungstermin ansetzen. Es gab Zwangsräumungen, die wir viermal hintereinander verhindern konnten.

Unsere Aufrufe werden überwiegend über das Internet verbreitet, seien es Webseiten (www.afectadosporlahipoteka.com),

Mailinglisten oder soziale Netzwerke wie *facebook* und *twitter*. In der Regel sind wir dann so 50 bis 150 Personen. Die betroffenen Menschen melden sich bei uns. Wir werden nur aktiv, wenn sich die Personen an uns wenden. Wir sind weder karitativ noch paternalistisch. Wir werden niemandem helfen, der das nicht möchte.

Zu Beginn unserer Aktivitäten waren sie schon sehr überrascht und es war nicht so schwer die Räumungen zu verhindern. Das hat sich in den letzten Monaten geändert. In einigen Fällen wird mit viel mehr Polizei gegen die Räumungsverhinderungen vorgegangen und die verschuldeten Familien werden wie Terroristen behandelt. Das hat dazu geführt, dass wir einige Räumungen nicht verhindern konnten, aber gleichzeitig stieg die Solidarität der Bevölkerung. Die Menschen in Spanien sind sehr über die Banken und die Regierung verärgert. Es gab von Anfang an große Solidarität und Sympathie für unsere Aktionen. Und das Verhalten der Polizei hat das noch verstärkt.

Die Aktivitäten gegen die Zwangsräumungen begannen in Barcelona und Katalonien. Nach und nach haben sie sich dann über ganz Spanien ausgebreitet. Es besteht eine Solidarität zwischen den Städten in denen es eine Gruppe der PAH oder Stopp den Zwangsräumungen gibt. Aber alle Organisationen haben eine starke Autonomie, damit sich jede Gruppe bestens nach den örtlichen Möglichkeiten verhalten kann. In Spanien konnten bis zu 8.10. insgesamt 83 Räumungen verhindert werden, die meisten in Katalonien und Murcia. In diesen beiden Regionen gab es schon Aktivitäten gegen Zwangsräumungen bevor die Bewegung 15M entstand.



Was ist der aktuelle Stand? Werden immer noch Räumungen verhindert? Was hat sich verändert, wie reagieren jetzt die staatlichen Stellen? Wie entwickelt sich die Koordination mit anderen Gruppen? Was sind die nächsten anstehenden Aktionen von euch?

Es gibt ständig mehr Wohnungsräumungen. Mit dem starken Anstieg von Hypothekenvollstreckungen in den ver-



gangenen zwei Jahren sowie den Folgen der Krise, kommt nun eine große Welle von Zwangsräumungen auf uns zu. Und für das Jahr 2012 rechnen wir mit noch Schlimmerem.

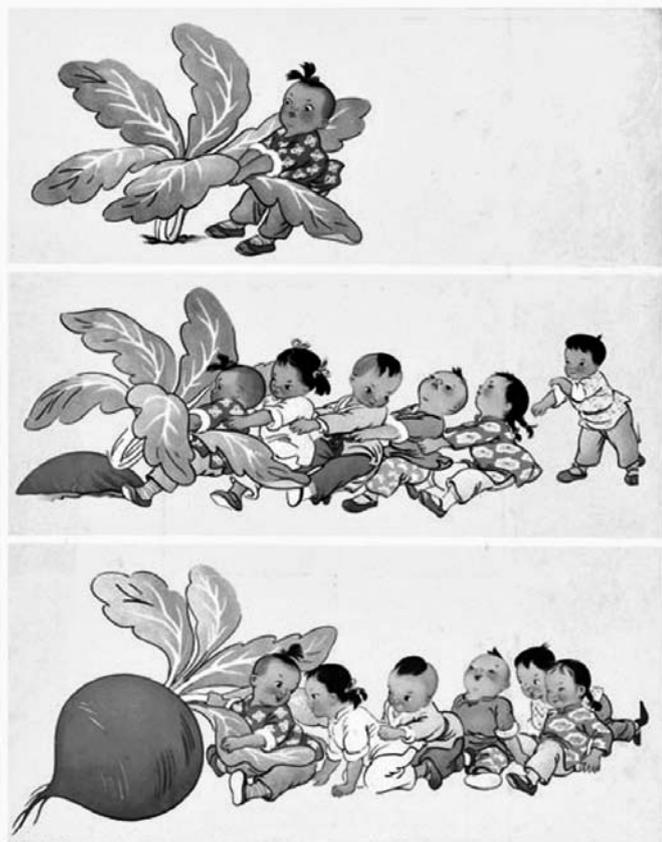
Angesichts der bevorstehenden Wahlen am 20. November ist der Zeitpunkt günstig, den Druck zu erhöhen. Außerdem bereiten wir gerade eine Unterschriftensammlung für eine Volksabstimmung vor, die wir in den Kongress mit unseren Forderungen wie Schuldenstreichung, Ende der Zwangsräumungen und Umwandlung der Hypothekenbelasteten Wohnungen in soziale Mietwohnungen, einbringen wollen.

Nach wie vor geht der Kampf gegen die Räumungen weiter und stetig mit mehr Unterstützung. Leider gibt es aber auch Richter (nicht alle), die sich bemühen, unsere Mobilisierungen zu verhindern. Dies geschieht z.B. indem die Räumung nicht wie üblich an einem bestimmten Tag zu einer bestimmten Uhrzeit festgelegt ist, sondern über einen langen Zeitraum. Aber wir reagieren darauf mit neuen Strategien: wenn wir zum Beispiel eine Räumung nicht

verhindern konnten, besetzen wir die Wohnung im Nachhinein. Es existiert ein großer Rückhalt in der Bevölkerung und er wird täglich stärker.

Ein großer Teil unserer Zusammenarbeit und Koordination funktioniert über das Internet und hier insbesondere über soziale Netzwerke. Im September haben wir in Barcelona das erste landesweite PAH-Treffen veranstaltet um weitere gemeinsame Kampagnen zu koordinieren. Es gibt bereits mehr als 40 PAH-Gruppen.

In unserer internen Organisation versuchen wir, horizontale, dezentrale Organisationsformen zu erreichen, aber auf einer solideren Basis, als wir sie momentan besitzen. Wir hoffen damit noch weiter wachsen zu können. Momentan befinden wir uns in einer Art Wachstumskrise: wir sind zur Zeit nicht in der Lage, auf all die Anfragen von betroffenen Personen und örtlichen Organisation, die zum Beispiel Hilfe für den Aufbau einer lokalen PAH-Gruppe benötigen oder die Anfragen der Medien adäquat zu reagieren. —



Stadtteilgarten sucht Paten

Auf dem Tempelhofer Feld gibt es seit diesem Jahr einen Ort, an dem sich Anwohner treffen, austauschen und Veranstaltungen abhalten können: **den Stadtteilgarten Schillerkiez!**

So gemeinnützig wie die Benutzung des Gartens auch ausgerichtet ist, es wird trotzdem eine sogenannte Nutzungsgebühr von der Grün Berlin GmbH erhoben. Es sollen 1000 Euro pro Jahr bezahlt werden und dies können und wollen wir auch nicht selber tragen. Deshalb suchen wir Paten, die uns mit monatlichen Spenden von 5 bis 10 Euro oder mehr unterstützen möchten.

Spenden für die Nutzungsgebühren an:

Teilhabe e.V.

BLZ: 100 900 00 (Berliner Volksbank)

Kto.-Nr.: 724 070 10 00

Verwendungszweck:

Pachtbeitrag Stadtteilgarten

Demnächst in & aus deinem Stadtteil

16. November

Kundgebung am Kottbusser Tor

Gegen Verdrängung und Polizeigewalt
ab 16:00 Uhr

[ERWERBSLOSEN] [TREFF]

Jeden Mittwoch 12 bis 15 Uhr
im Stadtteil- & Infoladen Lunte,
Weisestraße 53 (U-Bhf. Boddinstraße)
Telefonnr.: 622 32 34

Wir, Erwerbslose in Neukölln, treffen uns jeden Mittwoch zum gemeinsamen Kaffee und Essen und tauschen Erfahrungen und Infos aus.

Wir erteilen Auskünfte, wo Beratungsstellen in Berlin zu finden sind, und können über politische Aktivitäten zu den Themen Hartz IV informieren.

Infos zu rechtlichen Problemen:

www.hartzkampagne.de
www.tacheles-sozialhilfe.de



Wer sind wir und wer wollen Wir sein?

Dieser Artikel ist eine Fortsetzung des Artikels “Man wird ja wohl noch sagen dürfen...” aus der letzten Ausgabe der RandNotizen. Es geht um die Auseinandersetzung mit alltäglichem Rassismus und das Hinterfragen von selbstverständlichen Umgangsweisen.

Neulich auf dem Tempelhofer Feld...

“Hast du die Wohnung bekommen?”

“Nee. Das ist total aussichtslos hier im Schillerkiez eine Wohnung zu bekommen. 58 Bewerber_innen waren bei der Wohnungsbesichtigung. Einen ganzen Haufen Papiere, wie Schufa-Auskunft, Einkommensbescheinigung, Bürgerschaft, ... mussten wir dabei haben. ”

“Klingt ätzend, dabei war die Miete doch schon so hoch, dass du es dir kaum leisten konntest.”

“Aber was soll ich denn machen? In meiner alten Wohnung kann ich nicht bleiben.”

“Weißt du, ... ich brauch gar nicht erst zu solchen Besichtigungen hingehen. Abgesehen davon, dass ich die Miete nicht bezahlen kann, hab ich mit meinem Nachnamen sowieso keine Chance, egal welche Papiere ich mitbringe.”

Wer MüllerMeyerSchulze heißt, hat im Schillerkiez kaum Chancen eine Wohnung zu bekommen, wenn Einkommen und Vermögen nicht richtig gut sind. Wer aber keinen typisch deutschen Standard-Namen hat, oder gar, keinen deutschen Pass, der oder die braucht gar nicht erst bei einer Wohnungsbesichtigung in Nordneukölln aufzutauchen.

Studien, wie von Emsal Kilic (nachzulesen im Mieterecho 02/2009) belegen dies eindrücklich.

Die Bedingungen bei der Wohnungssuche sind mies. Für einige aber immer noch weniger schlecht als für andere. Einige Menschen besitzen von Geburt an bestimmte Privilegien, die gar nicht hinterfragt werden. Wenn jemand einen vermeintlich deutschen Namen, einen weißen Po, einen deutschen Pass in der Tasche hat und kein Kopftuch trägt, dann ist in Berlin, Deutschland und vielen anderen Orten einiges leichter zu erreichen. Das beschränkt sich nicht nur auf die Wohnungssuche. Auch in der Konkurrenz um einen Job, um einen Kitaplatz, bei Polizeikontrollen, beim Jobcenter, bei der Notenvergabe in Schulen, beim Recht Wählen zu gehen und um in der Integrationsdebatte überhaupt zu Wort zu kommen, sind die besagten Eigenschaften von Vorteil. Das größte Privileg dabei ist es, gar nicht über die eigenen Privilegien nachdenken zu müssen.

Wie kommen diese Eigenschaften und Privilegien zu Stande?

In Deutschland reden viele Menschen von einem wir, das normal ist. Normal ist dabei selbstverständlich weiß und deutsch. In der Integrationsdebatte reden wir dann über die Anderen, die, die dazukommen, die, die sich integrieren müssen. Dabei ist das Problem von Integration das weiße deutsche wir.

...

Das normale wir ist für einige nützlich, weswegen es überhaupt erst erfunden wurde und immer wieder gestärkt wird. Normal oder gar natürlich ist es nicht. Der Nutzen für einige liegt in der Ausgrenzung und Spaltung, die von diesem wir kommt. Die Spaltung passiert auf unterschiedliche Art und Weise. Abhängig davon, ob bestimmte Handlungen aus der Oberschicht oder von unten kommen. Von oben werden Ausländergesetze gemacht, werden Einbürgerungen verhindert, werden Debatten angestoßen wie von Sarrazin, Buschkowsky und Co. Tatkräftig durch die großen Medienvertreter unterstützt, kommt dabei heraus, dass "der Islam, faule Griechen, faule Erwerbslose und kriminelle Ausländer" die großen Probleme unserer Gesellschaft seien. Es wird mit dem Zeigefinger auf die gezeigt, die eben nicht zu dem normalen wir dazugehören sollen. Dadurch werden sie erst zu den Anderen gemacht.

Von unten wird versucht die geschaffenen Privilegien zu bewahren und es fällt leicht, die Schuld auf die Anderen zu schieben, auf die, die sowieso nicht dazu gehören sollen. Die plumpen Angebote von oben, wer die Schuldigen sind, werden von unten oft gerne aufgegriffen.

Begründet wird das wir in der Regel gar nicht. Es ist eben ein Privileg über das wir nicht nachdenken müssen. Kommt es aber dann doch zu Erklärungsversuchen, wird meistens behauptet: "wir leben ja schon länger hier in Deutschland, unsere Vorfahren und überhaupt ..." Dabei wird übergangen, dass Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem Einwanderungsland geworden ist und ein 24 jähriger Student mit Namen Schmidt lebt doch nicht länger in Deutschland als eine 38 jährige Berlinerin mit einem türkischen Namen. Noch unsinniger sind Begründungen mit der deutschen Kultur. Sind Privilegien gerechtfertigt, weil einige Menschen viel Bratwurst essen oder sich von einem Pfarrer die Beichte abnehmen lassen? Welche deutsche Kultur führt zu diesem wir? Ist das nicht eine sehr fragwürdige Kultur mit vielen Negativ-Beispielen in ihrer Geschichte, aus der so wenig gelernt wurde?

Für ein anderes Wir, das nicht der Spaltung und Ausgrenzung dient, das nicht selbstverständlich weiß und deutsch ist, ist eine gute Zusammenarbeit notwendig, die das Normale durchbricht. Möglich wird diese Zusammenarbeit aber erst durch einen kritischen Umgang mit der eigenen Rolle und den eigenen Privilegien.

Die gut gemeinte Behauptung "Wir sind doch alle gleich" hilft nicht weiter und stimmt einfach nicht. Menschen haben unterschiedlich viel Macht. Auch der Anspruch "alle gleich zu behandeln" ist gut gemeint, aber verwischt oft die Privilegien, die die VertreterInnen dieses Anspruchs besitzen. Sich über die eigenen Privilegien bewusst zu werden bedeutet auch die eigene Sprache und die Art des

Zusammenkommens zu hinterfragen. Wenn wirklich eine Zusammenarbeit gewollt ist, dann ist mehr nötig als einen Flyer zu übersetzen und sich zu wundern, warum so wenige nicht-weiße deutsche kommen.

Dass ein anderes Wir, wenn auch schwierig, notwendig ist, liegt auf der Hand. Das Beispiel vom Anfang weitergeführt: Steigende Mieten und Verdrängung aus dem Schillerkiez sind nicht aufzuhalten ohne breiten gesellschaftlichen Protest. Solch ein Protest wird aber nicht entstehen ohne die Anerkennung der unterschiedlichen Betroffenheiten von Steigenden Mieten und Verdrängung. Wir leben nicht alle unter gleichen Bedingungen, müssen uns aber trotzdem zusammenschließen um etwas zu verändern und ein neues Wir möglich zu machen. Aber allein schon für ein besseres Zusammenleben im Kiez ist die Überwindung von rassistischer Spaltung keine Nebensache. ■

Lesetipp:

Noah Sow / Deutschland Schwarz Weiß -

Der alltägliche Rassismus, München 2008 / 319 S., 14,95 €



Nicht länger , selber 

Quartiersmanagement Schillerpromenade und Task Force Okerstraße

Umfassende Zusammenstellung von Texten und Artikeln
www.tfa.blogspot.de/materialien/

Gentrification Blog

Nachrichten zur Stärkung von Stadtteilmobilisierungen und Mieter/innenkämpfen
www.gentrificationblog.wordpress.com/

Karla Pappel

Initiative gegen Mietpreiserhöhungen und Verdrängung in Alt-Treptow
www.karlapappel.wordpress.com/

Das gemeine Wesen – Magazin aus Nord-Neukölln

www.das-gemeine-wesen.blog.de/

Berliner Mietergemeinschaft

www.bmgev.de/

Kampagne „Steigende Mieten Stoppen“

www.mietenstopp.blogspot.de/

Kampagne gegen Hartz4

www.hartzkampagne.de/

Kampagne „Wir bleiben Alle“

www.wba.blogspot.de/

Rixdorfer Kiezforum

www.rixdorf.org/

Kampagne „Kein Ort für Nazis“ – Neukölln gegen Nazis

www.neukoelln-gegen-nazis.de/

Initiative 100% Tempelhofer Feld

www.tempelhoferfeld100.de

Info- und Stadteilladen Lunte

Weisestraße 53, U-Bhf: Boddinstraße
www.dielunte.de/

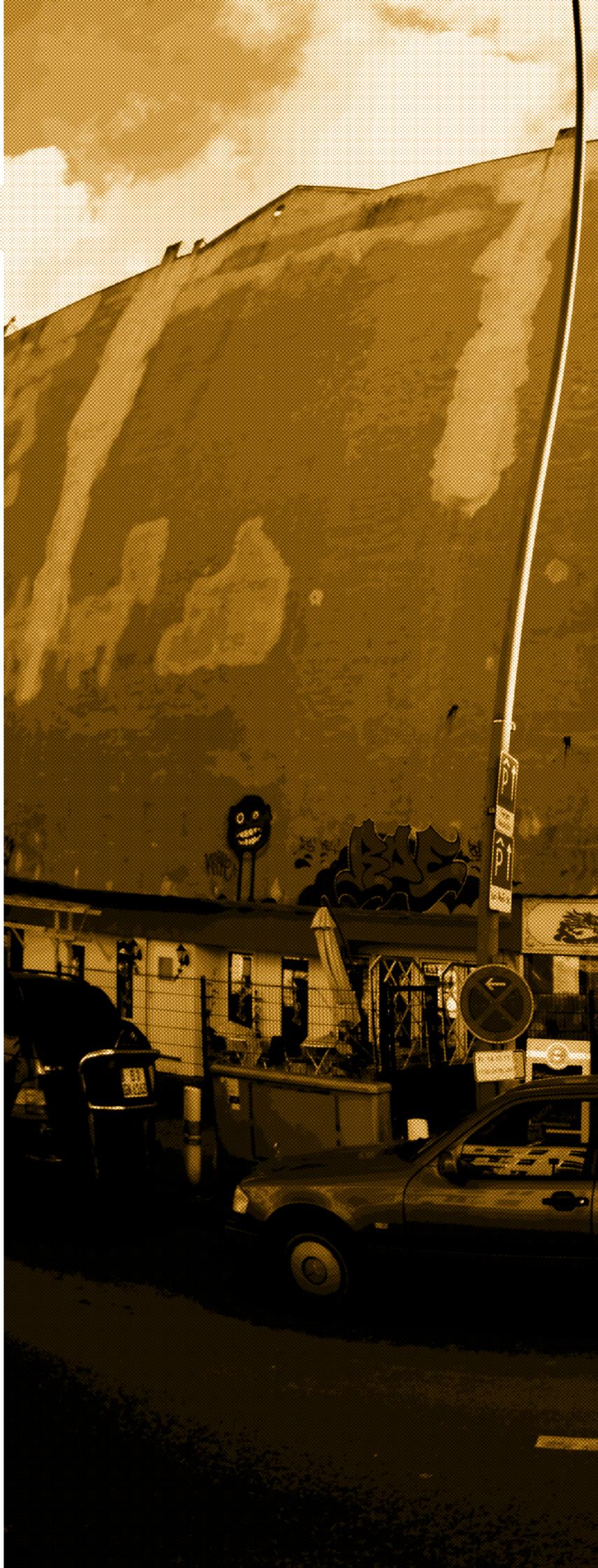
Sammlung von Adressen in Neukölln

www.om44.de/index.php?title=Neukoelln/

RandNotizen

Stadtteilzeitung aus dem Schillerkiez

Quartiersmanagement
Task Force
Stadterneuerung Neuhölln
Integration
Sanierungsgebiet
Brandenburgische Stadterneuerungsgesellschaft
Zwangswürdige
Repressionen
Mietstiegen
Gentrifizierung
Gesellschaft



Nicht gefördert durch:

